

Die Bewerbung des Landeshauptstadt München für die Winterolympiade 2018 ist gestartet. Treibende Kraft für diese Bewerbung war die Münchner SPD. Sie hat die grüne Stadtratsfraktion mit dem Versprechen ökologisch-nachhaltiger Spiele gewonnen, die CSU und die kleinen Parteien folgten. Bei der ersten Beschlussfassung im November 2007 stimmte lediglich die Stadträtin der LINKEN, Brigitte Wolf, gegen das Bewerbungskonzept. Inzwischen mehren sich skeptische Stimmen. Der Münchner Stadtverband der Grünen artikuliert Bedenken. Die Grünen im Landtag tragen die Bewerbung nicht mit. Als es im Juli 2009 im Bundestag um die Unterstützung der Münchner Bewerbung ging, enthielten sich die Grünen und die LINKE. Der Bund Naturschutz in Bayern schied aus dem Vorbereitungskreis aus. In den betroffenen Alpengemeinden werden Gegenstimmen hörbar. Bei der letzten Konzeptabstimmung im Münchner Stadtrat versagte auch die Vertreterin der ödp, Frau v. Walter, dem Plan ihre Zustimmung. All diese skeptischen und ablehnenden Meinungen verbindet der Eindruck, dass die Bewerbung einen falschen Akzent setzt, die Planung der Entwicklung der Stadt und der Alpenregion in eine falsche Richtung zieht. Deswegen kann die Auseinandersetzung mit der mehrheitlichen Beschlussfassung „in den Gremien“ nicht aufhören. Wenn die Münchner Bewerbung, wie es wahrscheinlich ist, ins Leere

In diesem Heft:

Die Münchner Bewerbung für die Winterolympiade 2018 – Eine falsche Richtungsentscheidung. Von <i>Brigitte Wolf</i> , Stadträtin (DIE LINKE)	1
Olympische Spiele 2018: Umwelt zerstört, Geschichte vergessen und Demokratie unerwünscht ... Von <i>Prof. Dr. Klaus Weber</i> , Bezirksrat (DIE LINKE) im Bezirkstag von Oberbayern	3
Ablehnung nicht als Automatismus. Aus der Diskussion des Forum linke Kommunalpolitik München e.V. Von <i>Johannes Kakoures</i>	9
Dok.: Das Sportstättenkonzept (Darstellung des DOSB)	12
Dok.: Vom Mikroklima und Megaschulden. Grundlagenpapier des <i>Bund Naturschutz in Bayern e.V. (BN)</i> zur geplanten Bewerbung für die Olympischen Winterspiele 2018 „München + 2“ mit dem Schwerpunkt Garmisch-Partenkirchen.	13

Wir danken dem Bund Naturschutz in Bayern e.V. für die Erlaubnis zur Dokumentation des Grundlagenpapiers.

läuft, wird sich wohl niemand mehr einer nachhaltigen Perspektivdiskussion entziehen können. Wenn die Bewerbung durchdringt, geht es darum, Planung und Ausführung genau zu beobachten, um die Schäden gering zu halten. *Die Redaktion*

Die Münchner Bewerbung für die Winterolympiade 2018 – Eine falsche Richtungsentscheidung

Von Brigitte Wolf, Stadträtin (DIE LINKE)

Die Bewerbung Münchens für die Olympischen und Paralympischen Winterspiele 2018 muss nicht den Münchnerinnen und Münchnern gefallen. Es entscheidet das „Internationale Olympische Komitee“. Das IOC finanziert sich aus den Einnahmen für Medienrechte an den Spielen. Werden die Erwartungen des weltweiten Sportpublikums nicht erfüllt, wird die Marke beschädigt. Die Spiele sind kein Einzelereignis. Sie sollten jedesmal so ange-

legt sein, dass sich das internationale Publikum schon aufs nächste Mal freut. Für die Darbietungen sorgen die Sportlerinnen und Sportler, für das gute Gefühl des Publikums macht aber auch der Rahmen viel aus. Das ist bei jedem internationalen Kult- oder Kulturereignis so. Von den Olympischen Spielen erwartet das weltweite Publikum eine Vermittlung von Wettbewerb, ja Wettkampf unter fairen, nicht zerstörerischen Be- ▶



Mit dieser im Original bonbonbunt-kitschigen Montage verbreitet der Deutsche Olympische Sportbund (www.dosb.de) weltweit den Eindruck, München sei eine Alpenstadt. Siehe dazu auch Seite 3 ff.



Die offizielle Werbung zeigt das Münchner Olympiagelände im Schnee. Sie drängt die Vision einer Stätte pulsierenden Wintersportbetriebs auf.

Wir weisen darauf hin, dass der Einsatz erheblicher öffentlicher Mittel für einen solchen Zweck hoch riskant ist. Man spekuliert, dass der Event im Jahre 2018 die Vorlieben des Münchner Sportpublikums ändert kann, und zwar nachhaltig, so dass eine jahrzehntelange Auslastung der Hallenbauten folgt ...

Wer würde auf eine solche Wette das eigene Geld setzen wollen?

- dungen. Diese Erwartung sollte auch der Wettbewerb der Veranstaltungsorte erfüllen. So, wie große Teile des Publikums nicht wollen, dass die Sportlerinnen und Sportler sich und andere zugrunde richten, sollte auch die Ausrichtung der Spiele eine positive Wirkung für die Regionen und Orte versprechen.

Die internationalen Sportverbände haben diesen Punkt bei den Bewerbungen der letzten Jahrzehnte immer schwerer gewichtet. Die Bewerbung Pekings wurde nicht zuletzt wegen des dabei gegebenen Demokratisierungs- und Modernisierungsversprechens der VR China akzeptiert. Die Vergabe der Fußballweltmeisterschaft nach Südafrika setzt einen Punkt gegen den Rassismus und betont, (traurig genug, dass das nötig ist), die Anerkennung dieses Landes und des Kontinents als Teil der Weltgesellschaft.

Die Bewerbung Münchens für die Olympischen Winterspiele ist in dieser Hinsicht dürftig. Der Kern der Bewerbungsidee ist, dass man in München und der Region Betten und Sportstätten hat, die Auslastung brauchen und die als Austragungsort der Winterolympiade neuen Glanz gewinnen würden.

Die LINKE hat die Olympiabewerbung der Stadt München nicht reflexhaft abgelehnt. Im Zuge einer 2007 begonnenen, ergebnisoffen geführten Auseinandersetzung sind wir zu der Meinung gekommen, dass München mit diesem dürftigen Konzept nicht vor die Weltöffentlichkeit treten sollte, dass die Bewerbung kaum eine Chance hat und dass die mit der Bewerbung verbundene Planungsdiskussion in die falsche Richtung deutet.

Denn die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen der Stadt und dem (auch fernen) Umland sind nicht in guter Ordnung, nicht von Partnerschaft geprägt. Die Stadt München als Kern der wachsenden Metropolregion ordnet sich das bayerische Oberland und die Alpen als Umland unter – und definiert sich selbst als Teil der Alpenregion. Dieser Trend prägt auch die Olympiabewerbung, die Garmisch-Partenkirchen als Sportstätte Münchens definiert, um nicht zu sagen festbetont, Oberammergau zu einem Teil Garmischs uminterpretiert und Schönau am Königssee am liebsten verschweigen würde.

Vielleicht hätte die Möglichkeit bestanden, Olympische Spiele im, mit dem und für den Alpenraum zu planen. Die Mittel der modernen Technik könnten helfen, vom Ein-Ort-Konzept der Winter-

olympiaden wegzukommen und eine Entwicklung von Kommunikations- und Verkehrsstrukturen für den ländlichen bzw. nicht verdichtet besiedelten Raum voran zu bringen. Dabei allerdings wäre München eher eine unterstützende Funktion im Hintergrund zugefallen.

Dazu ist es leider nicht gekommen, stattdessen wird nicht nur eine Funktionalisierung von Orten am Alpenrand geplant. Für München soll dabei eine Nutzung des Olympiageländes als Zentrum für den Wintersport herauskommen. Das Olympiagelände ist mit dem Auszug des Fußballsports in die Allianz-Arena zum städtischen Sorgenkind geworden. Ist der Versuch aussichtsreich, dieses Problem durch Entwicklung des (in Hallen) zelebrierten Wintersports zu lösen? Diese Sportarten haben traditionell in München keine große Bedeutung. Das Publikum trägt noch nicht einmal einen Eishockey-Bundesliga-Verein. Würde eine Winterolympiade 2018 dazu helfen, in München ein Publikum zu schaffen, das ausreicht, um das Olympiagelände als Austragungsort von Großereignissen des Wintersports interessant zu machen? Das bezweifeln wir doch stark.

Die Münchner Bewerbung hat eine Menge Skepsis ausgelöst. Seit 2007 haben u.A. der Stadtverband der Grünen, die Grüne Landtagsfraktion, die SPD im Garmischer Gemeinderat, die Grünen und die LINKE im Bundestag von einer Unterstützung des Plans Abstand genommen. Trotzdem läuft der Bewerbungs- und Planungsprozess heiter weiter. Nachdem mit der Eiskunstläuferin Katharina Witt eine Olympiabotschafterin gewonnen wurde, die diese Sache reinen Gewissens unterstützen kann, weil sie sich in Stadt und Land nicht auskennt, tritt ihr nun Claudia Roth vom Bundesvorstand der Grünen zur Seite, die den Titel einer Wintersport-Fachfrau nicht beansprucht. Erfahrungen mit Hallenkultur haben sie beide.

Die Stadt München wird ihre Bewerbung vorantreiben. Die Stoßrichtung der Bewerbung steht ebenfalls fest. Skeptischen Bürgerinnen und Bürgern bleibt nur die Möglichkeit, vor Kollateralschäden zu warnen, die durchaus schon in der Bewerbungsphase entstehen. Falls, wie es wahrscheinlich ist, die Bewerbung scheitert, werden die Probleme weiter bestehen. Im kleinen, stadtplanerischen Kontext steht die Frage: Welche Zukunft hat das Olympiagelände? Im Großen die Frage, ob die große Stadt mit ihren Problemen und Bedürfnissen das Recht hat, das Oberland in ihr Umland zu verwandeln. ■

Olympische Spiele 2018: Umwelt zerstört, Geschichte vergessen und Demokratie unerwünscht ...

Von Prof. Dr. Klaus Weber, Bezirksrat (DIE LINKE) im Bezirkstag Oberbayern

1. Einleitung

In der *Süddeutschen Zeitung* vom 2. Juli 2009 kritisiert der Profifergsteiger Stefan Glowacz, der in der Nähe Garmisch-Partenkirchen lebt, den *Deutschen Alpenverein (DAV)*, weil sich dieser in Bezug auf Großveranstaltungen nicht für den Schutz der Alpen festlegen will: „Im Umweltschutz ist er nicht Fisch, nicht Fleisch, sondern eine wabbelnde Masse, die sich zu oft vor den Karren der Politik spannen lässt“. Die Kritik Glowacz' am DAV zielt darauf, dass dieser bis dato keine Kritik an der Bewerbung der Stadt München und der Marktgemeinde Garmisch-Partenkirchen geäußert hat. Am selben Tag ist im Sportteil der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* zu lesen, der Sportausschuss des Bundestags habe sich mit den Stimmen der großen Koalition sowie der FDP „hinter die Bewerbung der Stadt München für die Olympischen Winterspiele 2018 gestellt“. Mehr als die Hälfte der Veranstaltungen dieser Winterspiele ist jedoch nicht in München geplant, sondern in der Marktgemeinde Garmisch-Partenkirchen sowie in Schönau am Königsee (Bob- und Rodelwettbewerbe), die – im Gegensatz zu München – in den Alpen liegen.* Kritik am Olympia-2018-Antrag (Deutscher Bundestag 2009) kam lediglich von den *GRÜNEN* und der *LINKE*: Die ersten bemängelten, der Antrag sei „lieblos“, weil er weitgehend die Wortwahl eines Antrags von 2003 zur



Garmisch-Partenkirchen. Ortsansicht und Blick auf das Zugspitzmassiv

Unterstützung der Olympia-Bewerbung Leipzigs wiederhole; zudem läge kein ökologisches Gesamtkonzept für den ohnehin schwer belasteten Alpenraum vor, obwohl es seit 2007 angemahnt sei. Der Vertreterin der *LINKE*n, Katrin Kunert, fiel nichts Besseres ein, als die Große Koalition zu kritisieren, weil diese die *LINKE*n nicht in das Olympia-Projekt eingebunden habe: „Wenn es um ein nationales Anliegen geht, dann könnt ihr uns nicht draußen lassen“ (FAZ 2.7.2009, S. 27), ereiferte sich die aktive Sportlerin. Der Vorsitzende des Sportausschusses, Peter Danckert von der *SPD*, wies darauf hin, dass Kritik an diesem Projekt nicht erwünscht sei, damit kein „uneinheitliches Bild“ entstehe: „Man muss in das Gelingen verliebt sein, nicht in das Scheitern“, schärfte er den Ausschussmitgliedern ein (ebd.). Selbst Gregor Gysi, dem der Zusammenhang von Großveranstaltungen und Kapital- und Verwertungsinteressen von Sport- und

Medienindustrie nicht unbekannt sein dürfte, fügte sich am Tag vor der Abstimmung im Bundestagsplenum zum „nationalen Anliegen“ Olympische Spiele 2018 dem Aufruf von Thomas Bach (*DOSB*-Präsident), einen „Schulterschluss von Sport und Politik“ (SZ 2009a, S.44) herzustellen und sprach sich auf dem Wahl-Hearing des *DOSB* für die Olympiabewerbung aus: „Wenn wir Olympische Spiele wollen, müssen wir auch bereit sein, selber welche auszutragen“ (ebd.). Bei der Bundestags-Abstimmung enthielt sich Gysi dann aber ebenso wie seine Fraktion und die Fraktion der *GRÜNEN*. Kritik am Beschluss des Bundestags kommt von vielen kompetenten Sportberichterstatern, von Ökologieverbänden und von Fachleuten, die sich seit Jahren mit der Vergabep Praxis des *IOC*, der Finanzierung der Spiele, der Frage nach der vollständigen Ökonomisierung des Sports unter dem Deckmantel von Völkerverständigung und Frieden be-

schäftigen: Beispielgebend für sie steht der Berliner Sportkorrespondent Jens Weinreich, der in der *Berliner Zeitung* die Bundestagsentscheidung kritisch kommentiert:

„Im ersten von acht Unterpunkten heißt es: Die Olympiabewerbung ist eine nationale Aufgabe. Im zweiten Punkt kommt es zum Kern: ‚Der Bundestag fordert die Bundesregierung auf, die Olympiabewerbung weiterhin zu fördern und zu unterstützen‘. Kritiker sehen diese Passage als Freibrief für die Unterstützung der Bewerbung mit Steuermitteln. Deutsche Bewerbungen – ob nun Berchtesgaden (für die Winterspiele 1992), Berlin (Sommer 2000) oder Leipzig (Sommer 2012) – haben traditionell Transparenzprobleme. Nach ... diesen Bewerbungen rügten Rechnungshöfe und Untersuchungskommissionen den katastrophalen, unsachgemäßen Umgang mit Steuermitteln und die Verschwendung öffentlicher Mittel. Noch haben die Bewerber kein ▶

* Was „die Alpen“ sind, dazu gibt es mehrere Definitionskriterien. Werner Bätzing (2003) hat in seinem Alpen-Buch Alpen-Definitionen aus naturwissenschaftlicher, touristischer, staatlicher, bergbäuerlicher und alpenpolitischer Perspektive erläutert. Keine dieser Perspektiven würde die Stadt München als Teil des Alpenraums beinhalten (S.21ff). Auch im Standardwerk von Keller/Förster (2007) ist München im Gegensatz bspw. zu Wien bei den aufgeführten Kommunen nicht verzeichnet.

► belastbares Finanzierungskonzept vorgelegt, weder die Bewerbungsgesellschaft, noch die Stabsstelle München 2018 oder die entsprechenden Gremien der Landesregierung und des Bundesinnenministeriums. Im Antrag der Parlamentarier heißt es nun: ‚Der Deutsche Bundestag geht davon aus, dass das IOC sich seiner Verantwortung stellen und daher einen erheblichen Finanzbeitrag zur Durchführung der Olympischen und Paralympischen Winterspiele 2018 leisten wird‘. Dies lasse ‚eine staatliche Förderung verantwortbar erscheinen‘. Tatsächlich überweist das IOC Winter-Gastgebern nur rund eine halbe Milliarde Dollar. Am Beispiel Vancouver 2010 bedeutet das: Der IOC-Anteil am Organisationsetat beträgt nach Abzug der TV-Produktionskosten knapp 25 Prozent. Der Infrastrukturat für Olympische Spiele, der so genannte Non-OCOG-Etat, beträgt aber meist ein Vielfaches des Organisationsetats. Weshalb der IOC-Anteil, insgesamt betrachtet, in den einstelligen Prozentbereich sinken kann. Viel mehr als das Versprechen, dass die Bewerbungsphase bis zur IOC-Entscheidung im Juli 2011 in Durban mit 30 Millionen aus der Privatwirtschaft finanziert werden soll, gibt es bisher nicht. Die Zahlen werden nicht offen gelegt. Vor zehn Tagen hat die Bewerber-GmbH mit der *BMW Group* den ersten von erhofften zehn nationalen Förderern präsentiert, der angeblich drei bis fünf Millionen Euro zahlen will. Mehrheitsgesellschafter der GmbH ist der *Deutsche Olympische Sportbund* (DOSB). Dessen Generaldirektor Michael Vesper hatte kürzlich erklärt: ‚Es ist nach wie vor der Wille und die Absicht aller Gesellschafter, dass diese Bewerbung, wie das München ja versprochen hat, aus privaten Mitteln finanziert wird‘. Die Bewerbung wird aber bereits direkt und indirekt von der öffentlichen Hand subventioniert. Ein Beispiel ist die Finanzierung durch die Flughafen München GmbH (FMG): Die FMG gehört zu 51 Prozent dem Freistaat Bayern, zu 26 Prozent der Bundesrepublik Deutschland und zu 23 Prozent der Landeshauptstadt München. Sie erbringt derzeit halbjährlich 500.000 Euro an Sachleistungen und direkten Zuwendungen für die Bewerber-GmbH. Bis 2011 werden es drei Millionen sein. Von derlei finanziellen und sportpolitischen Details ist der parlamentarische Antrag von SPD, CDU/CSU und FDP nicht geprägt. Die Abgeordneten, die eigentlich Kontrollfunktionen wahrnehmen sollten, verschreiben sich der Terminologie von Sportfunktionären. Olympische Spiele würden ‚wirtschaftliche Aufbruchsstimmung‘ erzeugen, heißt es, und für eine ‚Belebung des Tourismus und des Arbeitsmarktes‘ sorgen – allesamt höchst umstrittene Behauptungen“ (Berliner Zeitung 30.6.2009). Genau dieser Artikel war es, mit dem die SPD-Abgeordnete im Bundestag, Dagmar Freitag, auf der Sportausschuss-Sitzung herumwedelte und sich darüber empörte, dass ihr solche Artikel gar nicht gefallen würden.

2. Nachhaltigkeit: Beispiele Turin und Vancouver

Der Begriff der *Nachhaltigkeit* bzw. der *nachhaltigen Nutzung* „stammt aus der Forstwirtschaft und bezeichnet dort eine Nutzungsform, die dem Wald nur so viel Holz entnimmt wie nachwächst, sodass der Waldbestand durch die Nutzung weder reduziert noch in seiner Struktur verändert wird“ (Bätzing 2009, S.164). In Bezug auf Wintersportveranstaltungen, die sich als nachhaltig bezeichnen,

bedeutet die Verwendung des Begriffs, dass diese Großevents nicht lediglich den Arbeitsmarkt beleben und den Tourismus fördern sollen, sondern vielmehr die ökologischen, sozialen und ökonomischen Strukturen einer Region so zu nutzen und zu hinterlassen, dass die in der Region lebenden Menschen in Bezug auf diese Dimensionen ihren Arbeits- und Lebensort ebenso – wenn nicht besser – nutzen können sollten als vor einer Großveranstaltung.

Schon vor den letzten Winterspielen in Turin hat sich das IOC damit gebrühet, „nachhaltige Spiele“ dort zu veranstalten. Die *Internationale Alpenschutzkommission CIPRA* stellte dazu fest: „Die Frage, ob olympische Winterspiele wirklich als ‚grün‘ und nachhaltig bezeichnet werden dürfen, kann erst im Nachhinein beantwortet werden. Heute kann schon festgestellt werden, dass der wirtschaftliche Aspekt den Nachhaltigkeitsanspruch ins Wanken bringt. Alleine die Organisationskosten belaufen sich auf 1,3 Milliarden Euro. Zusammen mit den Aufwendungen für die Infrastruktur von 2,1 Milliarden Euro ergeben sich Gesamtkosten von 3,4 Milliarden Euro, welche größtenteils von der öffentlichen Hand getragen werden. Bei der Kandidatur wurde die finanzielle Beteiligung der Öffentlichkeit allerdings nur auf etwa 500 Millionen Euro budgetiert. Während die finanzielle Belastung für die Metropole Turin eher tragbar scheint, werden Orte wie Pragelato oder Cesana nach den Spielen den Unterhalt der Skisprungschanze und Bobbahn schwer verkraften. Es ist zu erwarten, dass die Veranstalter diese Anlagen aufgeben, sobald die Spiele beendet sind. Ende 2005 hat der Bürgermeister von Albertville/F, Austragungsort der Spiele 1992, seine Kollegen aus dem Piemont daran erinnert, dass die Skisprungschanze von Courchevel/F ein Defizit von 200.000 Euro pro Jahr verursacht“ (cipra 2006). Das Defizit betrug für die öffentliche Hand ca. 40 Millionen Euro, wobei die verheerenden Folgen der Umwelt- und Naturzerstörung und die Kosten für den Erhalt der Sportstätten noch nicht eingerechnet sind. Wenn man weiß, wie hoch sich die Marktgemeinde Garmisch-Partenkirchen bereits wegen der umstrittenen Ausrichtung der Ski-Weltmeisterschaften im Jahr 2011 verschuldet hat, kann man ermessen, welche finanziellen Probleme auf den Ort zukommen werden. Aus diesem Grund hat die SPD-Fraktion im Gemeinderat einen Antrag gestellt, die Spiele 2018 doch auf Oberstdorf und Ruhpolding zu verteilen (Konzept 1+4), weil dort bereits diejenigen Sportstätten zu finden seien (Langlaufloipen, Biathlonanlagen etc.), die in Garmisch-Partenkirchen nur durch Zerstörung wertvoller und geschützter Landschaften geschaffen werden müssten. Die Kommune hat in den letzten Jahren 60 Millionen Euro in den Wintersport investiert; für Kinderkrippen dagegen mag der CSB-Bürgermeister Thomas Schmid das Geld nicht ausgeben. „Bis 2013 müsste Garmisch-Partenkirchen 67 neue Plätze aufbauen, um den staatlichen Vorgaben zu entsprechen“ (SZ 30.3.2009).

Was für Turin und die in den Alpen liegenden Orte gilt, das wird auch für München und Garmisch-Partenkirchen zutreffen. Der italienische *CIPRA*-Vorsitzende Pastorelli zu den Spielen in der „Alpenstadt“ Turin: „Bei der Eröffnungszeremonie haben wir Gelegenheit das größte olympische Feuer der Geschichte zu sehen – weltweit per Satellit

Antrag Bewerbung der Stadt München für die Olympischen Winterspiele im Jahr 2018

Es wird beantragt:

1. Der Bezirksausschuss beauftragt die zuständigen Fachleute und Fachgremien aus den Bereichen Umwelt, Kultur und Heimatpflege, einen Kurzbericht über die ökologischen, kulturellen und heimatpflegerischen Aspekte in Bezug auf die Bewerbung der Stadt München und des Marktes Garmisch-Partenkirchen vorzulegen. Dabei sollen Vor- und Nachteile einer solchen Bewerbung genannt werden.

2. Die entsprechenden Berichte sollen dem Bezirkstag für eine Entscheidung zur Bewerbung der Stadt München und des Marktes Garmisch-Partenkirchen als Grundlage dienen.

Begründung: Die Stadt München und der Markt Garmisch-Partenkirchen haben sich mit dem Konzept 2+ (als dritter Austragungsort ist Schönau/Königsee im Konzept inbegriffen) für eine Bewerbung zu den Olympischen Spielen 2018 entschieden. Das Internationale Olympische Komitee spricht zwar – wie in Turin und in Peking – von ökologischen Spielen. Im Nachhinein stellte sich jedoch heraus, dass die Wünsche des IOC mit der Wirklichkeit nicht übereinstimmen.

Für den Bezirk Oberbayern, in dem alle drei Austragungsorte liegen, ergibt sich die Notwendigkeit einer Stellungnahme, weil sowohl ökologische als heimatpflegerisch-kulturelle Aspekte betroffen sind. Das kann damit beginnen, dass – wie bei der

Fußball-WM in Deutschland – durch Sponsoren versucht wird, ihre Produkte für den Konsum der Zuschauer gegen einheimische Produkte (Bier, Wurst, Käse etc.) durchzusetzen und es kann damit enden, dass die Fernsehsender für die Luftfreiheit ihrer Kameras über großzügige Rodungen in ökologisch und kulturell wertvollen Gebieten entscheiden – und das IOC solchen Wünschen – wie in Turin – vorbehaltlos nachkommt und die Veranstalter unter Druck setzt.

Da vielen Bezirksräten für eine solche Entscheidung nicht die nötigen Sach-Unterlagen zur Verfügung stehen, sollen wichtige Argumente pro und contra Olympia-Bewerbung 2018 gesammelt werden.

Die Olympiabewerbung ist parteipolitisch nicht homogen „entschieden“: In Garmisch-Partenkirchen sprachen sich CSU und SPD gegen eine Beteiligung aus, die GRÜNEN sind auf Landesebene gegen eine Bewerbung, während die StadträtInnen – auch der anderen Parteien bis auf die LINKE – dafür sind. Dem Bezirkstag muss es darum gehen, die Frage der „Unversehrtheit“ des ländlichen Raums, die unter der Austragung Olympischer Spiele im Jahr 2018 leiden könnte, zu beantworten.

gez. Beate Jenkner

Prof. Dr. Klaus Weber

übertragen. Alleine das Feuer hat 1,5 Millionen Euro gekostet und verbraucht für die gesamte Dauer der Spiele jede Stunde 8.000 Kubikmeter Gas. Das große Sportereignis ist folglich mit einer Erbsünde geboren: Alles ist überdimensioniert. Im Fall einer Winterolympiade, bei der Berg- und ländliche Regionen betroffen sind, stimmt – mit Blick auf die Möglichkeiten und Bedürfnisse der Gebiete – die Verhältnismäßigkeit nicht mehr. Hier hat die große Stadt Turin einen Vorteil: Sie kann den Einfluss der Spiele viel besser verkraften. Doch Turin richtet eben nur einen Teil der Spiele aus. Es besteht die große Sorge, dass wieder einmal die Berge leiden. Besonders die kleinen Kommunen müssen nach den Spielen Lösungen für alle Fremdkörper auf ihrem Territorium finden, nachdem die Gegend jetzt schon jahrelang durch Baumaschinen verschandelt wurde. Nach dem olympischen Festessen und der Spitze des Ansturms kommen ab März die Reiseveranstalter und vermessen Straßen, Parkplätze und Anlagen, stellen fest, wie viel natürlicher Schnee fehlt und was es kostet, künstlichen Schnee herzustellen, und wie sich die Zahl der Betten erhöhen lässt. Sie werden ihren Umsatz mit den Pendlern an den Wochenenden machen und das olympische Dorf in Zweitwohnungen und Zweithäuser verwandeln, die den größten Teil des Jahres leer stehen“ (Pastorelli 2006).

Auch in München und Garmisch-Partenkirchen wird damit geworben, 2018 sollen nachhaltige und ökologische Winterspiele durchgeführt werden. Tatsache ist jedoch, dass bereits der *Bund Naturschutz* und der alpine Umweltschutzverein *mountain wilderness* aus der *Fachkommission Umwelt der Planungsgesellschaft des DOSB* ausgetreten sind, weil sie sich nicht als ökologisches Feigenblatt missbrauchen lassen wollen. In einem Brief an Mi-

chael Vesper vom DOSB zum Austritt bemängelt *mountain wilderness* bspw., dass „wir und die Umweltverbände nicht schon während der Konzeptionierung hinzugezogen [wurden], sondern erst danach“ (24.6.2009). Außerdem sei für die Durchführung der Veranstaltungen die Sicherstellung künstlicher Beschneigung notwendig, was die Alpen-schutzorganisation aus Energie- und Wasserverbrauchsgründen generell ablehne. Inzwischen hat sich auch der *Verkehrsclub Deutschland (VCD)* für ein ökologisches Konzept in Bezug auf die Bewerbung für 2018 ausgesprochen, das durch die Bewerber auf keinen Fall umgesetzt werden wird: Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und Abwicklung von 80% des Verkehrs über jenen – ohne zusätzlichen Autobahnausbau nach Garmisch.

Bleibt das Argument, die Olympischen Spiele würden Garmisch-Partenkirchen für Touristen attraktiver machen und Arbeitsplätze fördern. Keine Frage: Während der Spiele wird in Garmisch-Partenkirchen und Region kein Übernachtungsplatz zu bekommen sein und viele Arbeitslose, Kinder, Jugendliche, StudentInnen und prekär Beschäftigte werden ihre kargen Verdienste bzw. Transferleistungen offiziell oder „schwarz“ aufbessern können. Doch wie wird es nach den Spielen aussehen? Thomas Bausch, Professor für Touristik an der *Hochschule München*, hat in seiner Studie vom April 2009 deutlich gemacht, dass Großveranstaltungen in Garmisch-Partenkirchen sicher nicht zu mehr Tourismus führen dürften, weil gerade die Klientel, die vermehrt in Orten wie Garmisch Urlaub machen will (*LOHAS: Lifestyle of Health and Sustainability* = Lebensstil für Gesundheit und Nachhaltigkeit). Es steht für einen Lebensstil oder Konsumententyp, der durch sein Konsumverhalten und gezielte Produktauswahl Gesundheit und

- Nachhaltigkeit fördern will), sich von einem Ort abwenden wird, der umweltfeindliche Eingriffe in die Natur vornimmt und langwierige Baumaßnahmen vornehmen muss, um Sport-Großveranstaltungen durchführen zu können. Und die Behauptung des vom Bundestag verabschiedeten Antrags, Olympische Spiele würden eine „wirtschaftliche Aufbruchstimmung“ erzeugen, hat keine fachwissenschaftliche Grundlage: weder Volks- noch Betriebswirte, die sich im Feld von Sport-Events wissenschaftlich tummeln, haben dazu jemals eine aussagekräftige Studie erstellt.

Weil die Marktgemeinde Garmisch-Partenkirchen diese Argumente kennt, die Mehrheitsfraktion des *Christlich-Sozialen Bündnisses* jedoch die Bewerbung will (nach dem Motto: die Schulden für die Ski-WM 2011 werden durch die Gewinne aus den Olympischen Spielen 2018 getilgt ...), hat die Kommune einen Umweltbeauftragten installiert, der die Feigenblattfunktion erfüllen will: Der pensionierte Professor Dr. Wolfgang Sailer greift den *Bund Naturschutz* an und behauptet, das sei alles „Mumpitz“, was dieser in seiner ablehnenden Stellungnahme behauptete. Klimaerwärmung spiele keine große Rolle in Bezug auf die Olympischen Spiele 2018 und das IOC sei extrem lernfähig. Nachhaltigkeit sei das absolute Kriterium für die Spiele und Garmisch-Partenkirchen werde sich auf alle Fälle nachhaltig entwickeln. Als Sailer noch am *Institut für Atmosphärische Umweltforschung in Karlsruhe* arbeitete, warnte er dagegen noch vor den Folgen der Klimakatastrophe (vgl. NABU 2004, S. 4).

Wie lernfähig das IOC ist, sieht man an den Vorbereitungen für die Winterspiele in Vancouver: „Trotz Behauptungen, die ‚grünsten Olympics‘ seit jeher zu sein und PR-Statements über ‚Nachhaltigkeit‘ werden die Spiele 2010 zu den umweltschädlichsten in der Geschichte gehören. Zehntausende Bäume werden gefällt und ganze Bergseiten weggesprengt, um Olympische Anlagen im Callaghan-Valley (in der Nähe von Whistler) und die Sea-to-Sky Highway Erweiterung zu bauen“, heißt es auf einer kritischen Homepage zu Vancouver 2010. „Enorme Mengen Beton, welcher bei Bauarbeiten gebraucht wird, verursachen das Sterben von Millionen von Lachsen im Fraser River, wo tonnenweise Schotter abgebaut wird, um Beton herzustellen. Seit dem Gewinnen der Ausscheidungen für die 2010-Spiele in 2003 gingen in Vancouver über 850 Sozialwohnungen verloren. Zur selben Zeit stieg die Zahl der Obdachlosen von 1000 auf 2500 an. Es wird geschätzt, dass bis 2010 die Zahl der Obdachlosen 6000 erreichen könnte ... In Seoul 1988 wurden ca. 750.000 Arme vertrieben, in Atlanta 1996 über 30.000 und für Peking 2008 sollen über 1,5 Mio. Menschen vertrieben worden sein. Trotzdem reden die Olympia-Offiziellen von WNachhaltigkeit 174 und ‚Olympischem Vermächtnis‘“ (gipfelsoli 2009). Wie nachhaltig das IOC mit den Geldern umgeht, hat sich in der Finanzkrise gezeigt: „Das IOC hat einige Millionen Dollar am Finanzmarkt verzockt, etwa in Fonds des Betrügers Bernard Madoff“ (Weinreich 2009).

3. Exkurs: Historische Nachhaltigkeit

„In Garmisch-Partenkirchen sind die Hinterlassenschaften der NS-Zeit noch deutlich zu sehen und die Einwohner sind stolz darauf: Das Olympiastadion mit den kraftstrotzenden Germanen-Figuren ist beliebtes Ausflugsziel. Hier feierten die

Nazis 1936 mit den Winterspielen die Generalprobe für die große Propaganda-Show der Olympischen Spiele in Berlin. Bevor die internationalen Athleten eintrafen, hatte man die ‚Juden raus‘-Schilder rund um Garmisch vorsorglich abmontiert – ebenso die Schilder an der Verbindungsstraße nach München, die Juden vor Kurven aufforderten, schneller zu fahren. Als Garmisch-Partenkirchen, das sich noch immer ‚Olympiadorf‘ nennt, 1996 die 60. Wiederkehr der Nazi-Spiele feierte, standen solche Details natürlich nicht in der Festschrift. Kein Wunder: Hatte der Bürgermeister doch darauf bestanden, dass die Chronik von Gert Sudholt verfasst wurde, dem langjährigen Vorsitzenden der rechtsextremen *Gesellschaft für freie Publizistik* und Besitzer der ‚Verlagsgemeinschaft Berg‘ (VGB), zu der gleich drei rechtsextreme Verlage gehören. Sudholt, Autor des im Gefängnis verfassten Buches ‚In Haft – Persönliches und politisches Tagebuch eines deutschen Verlegers‘, schätzt das Voralpenland ... Vor seinem Büro liegen Bücher von Horst Mahler und Franz Schönhuber.“ (Marsen 2003, S. 5).

1958 erhielt das Garmisch-Partenkirchener Fußball- und Leichtathletikstadion den Namen Dr.-Ritter-von-Halt-Stadion. Die Anregung dazu war vom Hotelier Hanns Kilian aus Garmisch-Partenkirchen, Teilnehmer an Adolf Hitlers Putschversuch von 1923, gekommen. Halt selbst war Zehnkämpfer und Präsident des Organisationskomitees für die Olympischen Winterspiele 1936 und 1940. Halt lehnte die Weimarer demokratische Ordnung ab und promovierte 1922 zum Thema „Die Pflege der Leibesübungen an den Hochschulen. Ein Beitrag zur regenerativen Bevölkerungspolitik“. Einige Zitate daraus: „Dann unsere Ahnen, jene blonden Germanenrecken, vor deren Kraft im riesenstarken Leib das große weltbeherrschende Rom zitterte. ... So übten unsere Väter ihren Körper. Darum waren sie auch das Herrenvolk Europas.“ Halt wurde im April 1933 NSDAP- und SA-Mitglied. Kurz vorher unterzeichnete er einen Aufruf des DFB, in dem gefordert wurde, dass „Angehörige der jüdischen Rasse“ nicht mehr in führenden Positionen des Sports tätig sein könnten. 1936 nahm Halt auf Einladung Himmlers an der Besichtigung des KZ Dachau teil, 1939 war er Besucher im KZ Sachsenhausen. 1958 wurde Halt in Garmisch-Partenkirchen geehrt mit der Namensverleihung für das Sportstadion. Auf der Homepage der Marktgemeinde findet man zu den Olympischen Spielen 1936 zu Halt, zur Nazizeit und zu 1958 keine Hinweise. Dort heißt es lediglich: „Winterspiele 1936. 1931 bekam Berlin die XI. Olympischen Spiele zugesprochen und damit Deutschland auch die Berechtigung, die IV. Olympischen Winterspiele durchzuführen. Im Zuge der Vorbereitungen für das sportliche Großereignis wurden die beiden Marktgemeinden zum 1. Januar 1935 gegen den Widerstand der Marktgemeinderäte aus Garmisch, die sich nur beugten, da ihnen Innenminister Wagner die Einweisung in das KZ in Dachau androhte, zum Markt Garmisch-Partenkirchen zusammengelegt“ (<http://www.garmisch-partenkirchen.de>). Wieso aber derjenige, der die Zusammenlegung von oben organisierte – Ritter von Halt – 1958 geehrt wurde, wo er doch die „widerständigen“ ins KZ bringen wollte; diesen Widerspruch mag wohl niemand sehen. Die Frage ist angebracht, ob Garmisch-Partenkirchen als geschichtsvergessener Ort, in dem bis heute nichts daran erinnert, dass er 1936 die Win-

Aus der Diskussion, die zur Begründung der Umbenennung des Ritter von Halt Stadions in Garmisch geführt wurde ([http: members.gaponline.de](http://members.gaponline.de), asm, 2006):

„Reichskristallnacht“ 1938: Martin Aufhäuser, Chef der Münchner Aufhäuserbank, bei der *von Halt* bis 1935 als Personalchef gearbeitet hatte, wurde am 9. November 1938 in das KZ Dachau geschleppt, sein Mitinhaber wurde dort getötet. Aufhäuser konnte sich nach Holland retten, sein Besitz wurde ihm weggenommen. Ob und wie *von Halt* sich für Aufhäuser eingesetzt hat, konnte bisher noch nicht abschließend geklärt werden.



Ritter-v.-Halt

Sechs Wochen nach dem Pogrom erwarb *von Halt* in Berlin von der jüdischen Witwe Cläre Levy ein Grundstück samt Haus neben seiner Grunewalder Villa. Frau Levy brauchte das Geld, um für sich und ihre zwei Kinder die Auswanderung nach Südamerika zu finanzieren. Der Betrag, den *von Halt* bezahlte, entsprach dem Preis, den Levy 1925 für das Grundstück ohne Haus beglichen hatte. 1951 musste *von Halt* das Grundstück an die Familie Levy zurückgeben, weil er es von der zum Verkauf gezwungenen Cläre Levy zu einem Bruchteil des wahren Wertes erworben hatte.



terspiele für die Nazis glanzvoll arrangierte und den Judenhass für eine kurze Zeit ruhen ließ, der richtige Austragungsort für Spiele der Völkerverständigung und für Frieden sein kann. Wenn man am Bahnhof ankommt und sich auf der dort angebrachten Karte orientieren will, so ist dort nach wie vor das *Ritter-von-Halt-Stadion* zu finden, obwohl der Gemeinderat 2006 einer Umbenennung in *Stadion am Gröden* mehrheitlich zustimmte.

4. Das IOC, der DOSB und die Menschenrechte

Die Olympischen Spiele haben sich nach ihrer Wiederbegründung 1894 zum größten Sportereignis der Welt entwickelt. Zu verdanken ist dies dem Franzosen Pierre de Coubertin, der die Idee vom friedlichen Zusammentreffen aller Völker und Rassen hatte. Die Olympischen Spiele haben Symbolcharakter und stehen für positive Werte. Das Internationale Olympische Komitee (IOC), das die Spiele vorbereitet und organisiert, steht seit dem Skandal von Salt Lake City aber auch für andere „Ideale“: Korruption und Bestechlichkeit. Dieser wohl berühmteste Korruptionsskandal im Wertsport rankte sich um die Führung des Bewerbungskomitees: Der Vorsitzende Tom Welch und sein Stellvertreter Dave Johnson sollen Mitglieder des IOC mit Reisen, Immobiliengeschäften, Barzahlungen und sonstigen Vorteilsgewährungen wie zum Beispiel Aufenthaltsgenehmigungen und Unistipendien für Angehörige in Wert von rund 1,2 Millionen US-Dollar beeinflusst haben. Freilich dürfte das US-Olympia-Bewerbungskomitee dem Vernehmen nach nicht das Erste mit solchen Verhaltensweisen gewesen sein. Der Fall von Salt Lake City führte zum Ausschluss von sechs IOC-Mitgliedern. Vier traten zurück, zehn weitere erhielten Verwarnungen. Darüber hinaus kam es zu einer drastischen Strukturreform des IOC. Allerdings gelang es 2004 britischen Journalisten, die sich als Unterstützer der Londoner Olympiabewerbung für 2012 ausgaben, das IOC-Mitglied Iwan Slawkow vor versteckter Kamera zur Einwilligung in einen Stimmenkauf zu bewegen. Der Bulgare wurde suspendiert. Auch wenn das IOC inzwischen weitgehend frei von solchen Skandalen sein mag, so war der Umgang mit Athletinnen, die in Peking gerne etwas zum Thema Menschenrechte gesagt hätten, ein deutlicher Hinweis darauf, dass für das IOC wie für den DOSB vor allem die ökonomische Ebene

der Olympischen Spiele ausschlaggebend ist und nicht die Thematisierung von Menschenrechten. Am 1. Oktober 2006 trat der ehemalige GRÜNEN-Politiker Michael Vesper sein zunächst auf fünf Jahre befristetes Amt als Generaldirektor des DOSB an. In die Kritik geriet er kurz vor Beginn der Olympischen Sommerspiele 2008 in China. In einem Interview mit der ARD, das u.a. im Weltspiegel vom 3. August 2008 ausgestrahlt wurde, äußerte er sich vor Ort in seiner Funktion als *Chef de Mission* der deutschen Olympia-Mannschaft folgendermaßen: „In jedem Land der Welt, auch in der Bundesrepublik Deutschland, werden Internetseiten gesperrt. Bei uns sind es rechtsradikale Seiten, die gesperrt werden. Und es ist natürlich auch in China so, dass einzelne Seiten gesperrt werden.“ Diese Gleichsetzung zog eine heftige Diskussion nach sich, deren Grundaussage darin lag, man könne das Blockieren von strafrechtlich relevanten Inhalten nicht mit der Einschränkung der Meinungsvielfalt vergleichen. Zwei Tage vor Beginn der Spiele, am 5. August 2008, drückte Vesper hierüber sein Bedauern aus, zog seine Äußerungen zurück und sprach von einem Missverständnis. Zur Meinungsfreiheit von AthletInnen gibt Vesper die Linie vor, dass man zwar für Menschenrechte eintreten könne, allerdings nur in der Form, nicht darüber zu sprechen: „Es geht dabei ja nicht um den Inhalt, den unterstützen wir natürlich voll und ganz. Es geht um die Form der Äußerung. Wie in vielen Sportarten, so gilt auch bei Olympischen Spielen das Prinzip, dass der Sport nicht von politischen Auseinandersetzungen überlagert werden soll“ (Vesper 2008). Etwas hintergründiger formuliert dies der IOC-Vizepräsident und Präsident des Deutschen Olympischen Sportbunds, Thomas Bach. „Dazu gehört mehr als ... plakative Formulierungen. Zum Recht der freien Meinungsäußerung gehört auch das Recht zu schweigen“ (FAZ 7.8.2008).

4. Brot und Spiele – Eventkultur und individuelle Verelendung

Schon während der Vorbereitungen zur Fußball-WM in Deutschland 2006 wurde deutlich, dass Kritik an Nationalisierungstendenzen über die Identifikation mit „unseren“ Sportlern und „unseren Mannschaften“ nicht erwünscht ist. Von den Politikern ist für sportliche Großveranstaltungen das erwünscht, was für den politischen Konkurrenzkampf auch gilt: Der nationale Schulterschluss und der Triumph der DEUTSCHEN (egal, vor wie kurzer Zeit sie eingebürgert wurden), soll für kurze

► Zeit vergessen machen, dass Sozialabbau, Einschränkung demokratischer Rechte, Korruption von PolitikerInnen auf allen Ebenen und ökonomische Krisen das sind, worunter der Großteil der Bevölkerung leidet. Selbst ein Gregor Gysi, der im Bundestag mit scharfen Worten anprangert, dass die Arm-Reich-Schere so weit geöffnet ist wie noch nie in der bundesrepublikanischen Geschichte, ist nicht in der Lage, die noch immer geltende Parole der Herrschenden „Brot und Spiele“ zu durchschauen. Im alten Rom mussten diejenigen, die sich in den Stadien ablenken wollten, immerhin noch dorthin gehen bzw. gefahren werden. Heute übernimmt die Funktion des Stadions der Flachbildschirm. Vor ihm sitzen die passivierten Einzelnen und hoffen nervös, mit Bierbauch, Chips und Alkoholika ausgestattet, die von Werbeplaketten außen zugeklebt und von diversen chemischen Substanzen innen wirkenden Wunderkörper übertragen die Bestmarken. Selbst wenn sie dies tun – zurück bleibt wie beim Suchtmittelkonsum die „Leere danach“, die Wahrheit der elenden Verhältnisse, die angesichts von Glitzer, Glamour und Größe umso unerträglicher auszuhalten sind.

Sportliche Betätigung – auch und gerade bei Großveranstaltungen wie den Olympischen Spielen – ist kaum mehr als friedliches Treffen der weltbesten Athleten mit Fairness, Freude und Brüderlichkeit als konsensuellen Werten zu erleben. Vielmehr sind die Veranstaltungen zur Ware geworden und werden ebenso gehandelt. Die einzelnen SportlerInnen, wie sehr sie auch einem sportlichen Gedanken fröhnen mögen, können in dieser Welt nur überleben, wenn sie ihrem Körper zum Warenkörper machen und die wenigen Jahre des Leistungssports dazu nutzen, über Sponsorverträge und Preisgelder so viel zu verdienen, dass sie anschließend ein ruhiges Leben führen können.

Der Zusammenhang zwischen kapitalistischer Warenproduktion und Sport ist jedoch nicht nur in den Sportarten selbst wahrnehmbar. Sport und sport-

liche Veranstaltungen tragen in Bezug auf ihre gesellschaftliche und ideologische Funktion dazu bei, dass Körperkult, Konkurrenz und Niederlage zu normalen und natürlichen Prinzipien erklärt und vom sportlichen Terrain auf Arbeits- und Lebenswelt durch neoliberale Ideologen problemlos übertragen werden können.

5. Zur Verkommenheit von PolitikerInnen – Vom Verlernen des Fragens

Am Bewerbungs-Rummel um die Olympischen Spiele 2018 wird deutlich, wie wenig es die Politiker interessiert, dass die davon betroffenen Menschen an der Entscheidung partizipieren können. Der SPD-Oberbürgermeister von München, Christian Ude, spricht von „Einmütigkeit zwischen allen politischen Ebenen sowie zwischen Politik und Sport“ (SZ 3.7.2009) und zeigt damit, wie unwichtig ihm die Argumente der Umweltverbände und der Nicht-Einmütigen sind. Immerhin nehmen die GRÜNEN Bayerns und die oberbayerischen GRÜNEN ebenso wie die LINKEN eine skeptische Haltung zur Bewerbung Münchens ein. Diese Skepsis beginnt schon bei Udes Begründung für Münchens Bewerbung: München hat „traumhafte Chance, die erste Stadt der Welt zu werden, die nach Sommer- auch Winterspiele ausrichten darf. Diese einmalige Zukunftsperspektive wird nicht nur die Sportbegeisterung stärken, sondern auch Oberbayern als Wintersportregion fördern“ (www.christian-ude.de/politisch/nachricht/). Niemand weist Ude darauf hin, dass genau dieses Argument **gegen** München spricht: Eine Stadt, die mit den Alpen nichts zu tun hat und Sommerspiele deshalb ausrichtete, weil sie kein Wintersportort ist, sollte eben keine Winterspiele austragen. Doch wenn die narzisstischen Bedürfnisse des Christian Ude noch verständlich sein mögen; die Art und Weise, wie von allen Menschen verlangt wird, keine Kritik an der Bewerbung Münchens zu üben, weil man sonst die Gegner Münchens stärken würde, ist demokratiepolitisch

Literatur

- Astel Arnfried** (1978). Neues (& altes) vom Rechtsstaat und von mir. Alle Epigramme. Frankfurt/M.: Zweitau-sendeins.
- Bätzing Werner** (2003). Die Alpen. Geschichte und Zukunft einer europäischen Kulturlandschaft. München: C.H. Beck.
- Bätzing Werner** (2009). Orte guten Lebens. Die Alpen jenseits von Übernutzung und Idyll. Zürich: Rotpunktverlag.
- Berliner Zeitung** 30.6.2009. Politiker im Olympiarasch. Münchner Bewerber hoffen auf staatliche Förderung.
- Cipra** (2006). Nachhaltige Olympische Winterspiele in Turin? CIPRA News: <http://www.cipra.org> – Eintrag vom 9.2.2006).
- Deutscher Bundestag** (2009). Bundestagsdrucksache 16/134811 vom 18.6.2009. Antrag ... zur Unterstützung der Bewerbung der Landeshauptstadt München zur Ausrichtung der XXIII. Olympischen und der XII. Paralympischen Winterspiele 2018. Berlin.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung** (7.8.2008). Der Wunschathlet siegt und schweigt.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung** (2.7.2009). Kritik trotz der „nationalen Aufgabe 2018“. S. 27.
- Gipfelsoli** (2009). Meldungen über globalisierte Solidarität und die Proteste gegen unsolidarische Globalisierung. „Keine olympischen Spiele auf gestohlenem Land“. http://www.gipfelsoli.org/Texte/Huntsville_2010/6151.html.
- Keller Lars & Förster Klaus** (2007). 1x1 der Alpen. 101 Regi-
onen von Monaco bis Wien. Innsbruck: innsbruck university press.
- Marsen Thies** (2003). Münchens brauner Gürtel, in: antifaschistisches infoblatt 3/2003, S. 4-6.
- NABU** = Naturschutzbund Deutschland e.V. (2004). Der Specht. Informationsblätter des Kreisverbands Gießen.
- Pastorelli Francesco** (2006). 20. Olympische Winterspiele: Ökologischer Fehlstart. <http://www.ecoworld.de>
- Süddeutsche Zeitung** (30.3.2009). Großinvestitionen in WM- und Olympiaprojekte stoßen auf immer mehr Kritik. Gar-mischer Gratwanderung.
- Süddeutsche Zeitung** (2.7.2009). „Der Alpenverein ist eine wabbelnde Masse“. Bergsteiger Stefan Glowacz wirft dem Verband vor, sich nicht genug gegen Bausünden in den Bergen zu wehren. S. 36.
- Süddeutsche Zeitung** (3.7.2009). Bundestag stellt sich hinter die Olympia-Bewerbung. Münchner Spiele mit Berliner Se-gen. S. 44.
- Vesper Michael** (2008). Freie Meinungsäußerung in den Mixed Zones und im Pressezentrum. Homepage des Deutschen Olympischen Sportbunds (Zugriff 2.7.2009). <http://www.dosb.de/de/>.
- Weinreich Jens** (2009). Finanzierung Olympischer Spiele: „Wir sind ein privilegiertes Völkchen!“ <http://jensweinreich.de/?cat=7> (12. Mai 2009).

ein Skandal ersten Ranges. Als Voraussetzung für eine erfolgreiche Bewerbung wird gerade dasjenige Kriterium verneint, das dem IOC und dem DOSB „offiziell“ so wichtig scheint: Demokratische Teilhabe der Bevölkerung. Doch für die Vorbereitungsphase der Bewerbung – die in aller Heimlichkeit verläuft – gilt: Maul halten und durch. Erst wenn die Entscheidung gefallen ist, dann sollen alle mitmachen ...

6. Schluss

Es gab in der BRD Zeiten, in denen Sportpolitiker der großen Parteien wussten, dass einzig durch die Förderung des Breitensports die Möglichkeit gegeben ist, Spitzenleistungen zu erkennen. Wie sehr sich die sportpolitische Landschaft verändert hat, sieht man daran, dass noch nicht einmal die *LINKE* im Bundestag in der Lage war, Fragen in Bezug auf die Olympiabewerbung 2018 zu stellen, die nicht den ökologischen, sondern den ökonomisch-sozialen Zusammenhang herzustellen in der Lage sind: Wer trug bei den letzten drei Spielen die Folgekosten und wie hoch waren sie? Sind die Veranstalter der Spiele und die Sponsoren von den Steuerabgaben (wie die FIFA bei der Fußball-WM) befreit bzw. müssen diese verminderte Steuersätze bezahlen? Sieht die Bundesregierung einen Zusammenhang

zwischen Sportkonsum am TV und der zunehmenden Dickleibigkeit der Menschen in Deutschland? Wie viele Sportunterrichtsstunden mehr können in den Schulen gelehrt werden von den Geldern der öffentlichen Hand, die für die Bewerbung 2018 ausgegeben werden?

Solche und andere Fragen würden zeigen, wie sehr Sport als hochpolitische Angelegenheit etwas wäre, das individuell und gemeinschaftlich dazu dienen könnte, sich seinen Körper und seine Psyche im Wettkampf oder in gemeinsamer Anstrengung anzueignen, um damit die eigene Arbeits- und Lebensweise zu bereichern; wie sehr Sport als für viele mögliche Freizeitaktivität zum Machen, zum Zuschauen und zum Wegschauen geeignet sein kann. Sie würden aber auch zeigen, wie Sport und seine RepräsentantInnen inzwischen verkommen sind zu Apologeten der Fremdbestimmung körperlich-sportlicher Betätigung. Unter diesen Bedingungen mögen die Sätze des Dichters Arnfried Astel stimmen:

„MENS SANA. Bei der Bewertung des Sports / als Lebensertüchtigung / wurde ein Faktor bisher / zu gering veranschlagt. / Sport kräftigt nämlich / nicht nur den Körper, / sondern durch Verblödung / trägt er auch geistig dazu bei, / den Lebenskampf zu erleichtern“ (Astel 1978, S. 669). ■

Olympia 2018 - Ablehnung nicht als Automatismus

Aus der Diskussion des Forum linke Kommunalpolitik München e.V.* von Johannes Kakoures

I. Mal wieder: Staat und Individuum, Staat und die Linke

Die Linke an der Seite von Kritik und Skepsis ...

Man kann wohl nicht behaupten, dass Raumordnungs-, Landesentwicklungs-, und Infrastrukturfragen zu den Themen gehören, die der linken Bewegung und der Partei Die Linke in München auf den Nägeln brennen. Soweit überhaupt Stellungnahmen zu finden sind befindet sich die Partei zu meist an der Seite skeptischer Bürgerbewegungen, die gegen bestimmte, meist spektakuläre Projekte angehen. Zu nennen wären etwa die Kampagne gegen den Transrapid, auf Landesebene gegen den Flughafen Oberpfaffenhofen, die Isentalautobahn

oder den Donauausbau, um nur einige Beispiele zu nennen. Das ist keine Besonderheit Bayerns. In Hessen scheiterte die Zusammenarbeit der fortschrittlichen Kräfte nicht zuletzt an der Frage des Frankfurter Flughafenausbaus. Die Liste ließe sich für kommunale Projekte wohl beliebig erweitern. Lediglich aus Geretsried ist eine vorsichtige Befürwortung des privaten Großschwimmbades „Aladin“ von Seiten der Linken zu vernehmen gewesen.

... berechtigter Widerstand ...

Für den politischen Gegner ist es nun leicht, die angesprochenen Positionierungen zu vermengen und sowohl kritische Bürgerbewegungen als auch die Partei Die Linke mit dem Vorwurf der Fort- ▶

* **Das Forum Linke Kommunalpolitik München e.V.**
Gegründet 2002. Eingetragen als Verein 2009

Auszug aus der Satzung:

§ 2 Zweck und Aufgaben

Das Forum Linke Kommunalpolitik München e.V. will die grundlegenden Kenntnisse für eine demokratische Kommunalpolitik vermitteln, die dem Gemeinwohl und den sozialen Belangen der Einwohnerinnen und Einwohner und der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichtet ist und die demokratische Mitwirkung der Einwohnerinnen und Einwohner an der Gestaltung öffentlicher Angelegenheiten für unverzichtbar erachtet.

Zweck des Vereins ist es, Einwohnerinnen und Einwohnern politische Bildung zu vermitteln, um sie zum staatsbürgerlichen Handeln und damit insbesondere auch zur Teilnahme an der kommunalen Selbstverwaltung (entspre-

chend Art. 28/2 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland) zu befähigen.

Dabei orientiert sich der Verein an demokratischen Grundwerten wie Freiheit, sozialer Gerechtigkeit und Solidarität und betrachtet diese als gleichwertig und einander bedingend.

Zur Verwirklichung des Satzungszweckes will der Verein:

- Bildungs- und Qualifizierungsveranstaltungen verschiedener Art (Seminare, Tagungen, Kurse, Workshops usw.) durchführen,
- Publikationen und Bildungsmaterialien herausgeben,
- in Zusammenarbeit mit anderen Trägern politischer Bildung, wissenschaftlichen Einrichtungen, öffentlichen Institutionen und anderen kommunalpolitischen Vereinigungen gemeinsame Bildungsveranstaltungen durchführen und Publikationen herausgeben.

www.forum-linke-kommunalpolitik-muenchen.de

► schrittsfeindlichkeit und der mangelnden Einsicht in Notwendigkeiten zu überziehen. Insbesondere die CSU konnte sich von ihrer stabilen Mehrheit und den nicht zu bestreitenden positiven ökonomischen Kennzahlen des Landes Bayern aus, mit der Aura einer mit Geheimwissen ausgestatteten Druidenzunft umgeben, die im undurchdringlichen Dickicht der Staatskanzlei als Einzige die wahren Zusammenhänge des göttlichen Weltenplanes für das Land Bayern zu schauen vermochte, und in deren Zaubertrank in Form von Landesentwicklungs-, und Regionalplänen niemand mitpanschen durfte, ohne den Zorn der Götter zu provozieren und schweren Fluch auf das ganze Land zu ziehen. Es ist bezeichnend, dass die CSU-Wahlniederlage mit fatalen Fehleinschätzungen der Stimmung in der Bevölkerung gerade bei zentralen Zukunftsprojekten einherging. Der Transrapid ist das sinnfälligste Symbol dafür, dass die CSU sich in eine Arroganz gesteigert hatte, die ihre ansonsten guten Führer in die Bevölkerung lahm gelegt hat. Tatsächlich sind die angesprochenen Maßnahmen unmöglich ohne mal mehr, mal weniger gravierende Eingriffe denkbar. Dies reicht von kurz- (Bau-), bis langfristigen (Fluglärm) Beeinträchtigungen der Wohnqualität der Anwohner, massiven Umweltgefährdungen und jedenfalls einer Belastung aller Bürger durch Ausgaben des Staatshaushaltes. Die Gefahr, dass der Staat diese berechtigten Anliegen mittels der Macht seines Verwaltungsapparates wegdrückt, ist latent. Sie wird von diesem selbst anerkannt, indem er im Baurecht umfangreiche Beteiligungsrechte der Betroffenen vorsieht. Es bedarf nur der kurzen Erwähnung, dass diese Rechte natürlich in ständigem Streit liegen und in den letzten Jahren ein Rückbau zu beobachten ist. So wurde die aufschiebende Wirkung von Rechtsmitteln im Baurecht eingeschränkt. Demgegenüber wurde die Möglichkeit der öffentlichen Kontrolle objektiver Belange, v.a. des Umweltschutzes, eher erweitert, indem für bestimmte Anliegen eigene Behörden geschaffen oder aber privaten Organisationen, etwa dem Bund Naturschutz, erweiterte Beteiligungsrechte eingeräumt wurden. Es steht jedoch außer Frage, dass die Gemengelage an Problemen, widersprechenden Interessen und teilweise unabsehbaren Folgewirkungen nicht rein administrativ oder rechtlich aufgelöst werden kann. Die Gefahr, Belange zu übersehen oder falsch einzuschätzen, ist latent und eröffnet den Spielraum für politisches Handeln.

... dennoch: Vorsicht geboten

So berechtigt es ist, politischer Ansprechpartner für den gegen die Verwaltung tendenziell in der schwächeren Position stehenden Bürger zu sein und die Wahrung der Interessen der Bevölkerung auf die eigene Fahne zu schreiben, darf dies nicht dazu führen, dass sich ein Automatismus einschleicht, wonach die Linke generell gegen Großprojekte und immer an der Seite des Widerstandes zu stehen hat. Dies schon aus dem banalen Grund, dass sich auf dem Gebiet des Baurechts öffentliche und individuelle Interessen nicht selten dergestalt vermengen, dass auch weniger schützenswerte Anliegen sich leicht hinter eingängigen Gemeinwohlphrasen verbergen können. So steht nicht selten der Grundstückswert hinter manchen netten Forderungen. Auch hier ist Differenzierung geboten. Natürlich geht es nicht an, dass der Staat durch

rücksichtslose Durchsetzung von Projekten Gebiete unbewohnbar macht und schleichend über lange Zeiträume gewachsene soziale Strukturen zerstört. Anders kann es aussehen, wenn Gebiete in der Hoffnung auf „Schnäppchen“ und großartige Wertsteigerungen zum Objekt privater Spekulation geworden sind. Entscheidend aber ist die vielleicht noch banalere Aussage, dass natürlich nicht jedes Projekt Ausdruck der Unterwerfung aller gesellschaftlichen Bereiche unter die Verwertungslogik des Kapitals ist, sondern soweit man sich nur irgendwie auf eine nicht gänzlich archaische Wirtschaftsverfassung einlässt, in welcher der Bauer mit dem Ochsenkarren das Getreide zum Markt bringt, man die Notwendigkeit zügiger Verkehrswege, technischer Forschungsprojekte und arbeitsteiliger Regionalentwicklung anerkennen muss.

Ein für den Münchner eingängiges Beispiel: Die Olympischen Spiele 1972 haben zu Infrastrukturmaßnahmen geführt, von denen die Stadt bis heute profitiert. Die Meinung, dass es die Olympiade war, die München aus dem Zustand provinzieller Rückständigkeit katapultiert hat ist keine Mindermeinung. Der Erfolg war damals keineswegs gewiss. Es wäre zu klären, ob München ein singuläres Beispiel für einen erfolgreichen Infrastrukturschub durch Olympia war.

Die Partei Die Linke darf, will sie sich als ernstzunehmende Kraft in Bayern etablieren, solche Effekte nicht einfach leugnen. Es ist wenig überzeugend, wenn in der vermeintlich so klaren Auseinandersetzung gegen den Transrapid, die Frage der Anbindung der expandierenden Wirtschaftregion Freising an das Stadtgebiet nicht einmal zur Kenntnis genommen wurde.

Das Kernproblem

Das Desinteresse der Linken in München an positiver Entwicklungsplanung kann aus demselben Grund überraschen, der es erklärt. Es mag abwegig erscheinen, aber die Problematik greift tief in die theoretischen Grundlagen linker Politik, geht es doch um nicht weniger als das Verständnis der Rolle des Staates für die gesellschaftliche Entwicklung. Die klassische Lehre kannte zwei, in ihrer Grundannahme noch übereinstimmende Auffassungen. Die anarchistische Linke ging davon aus, dass der Staat unmittelbar bekämpft und zerstört werden müsse. Die marxistische Auffassung ging von einem langsamen Absterben des Staates aus, nachdem dieser zuvor Objekt der Herrschaft der Arbeiterklasse geworden war. Beide stimmten überein, dass der Staat immer ein Instrument der Klassenherrschaft sei, dessen Rolle mit der zunehmenden Emanzipation des Individuums und der Arbeiterklasse abnehme. Verständlich werden diese Theorien, wenn man sich den Staat des 19. Jahrhunderts vor Augen führt, der – im Gegensatz zur noch verbreiteten Staatstheorie von der absoluten Herrschaft des Monarchen – eben alles andere als ein absoluter Staat war sondern noch viel mehr durch seine klassischen Hoheitsfunktionen Polizei, Justiz und Militär in Erscheinung trat. Selbst im Zeitalter des absolutistischen Staates war diese vielfach gebrochen durch sich überlagerndere Rechtskreise von Zentralgewalt, Landesfürsten, kirchlichen Hoheitsrechten und kommunaler Selbstverwaltung. Es konnte scheinen, dass mit wachsendem Bildungsstand und größerer Beteiligung der Bevölke-

rung die begrenzten Funktionen des Staates entweder überflüssig würden oder von anderen gesellschaftlichen Organen übernommen werden könnten.

Ein Irrtum, der 1848 verständlich sein mag, ist es nicht zwangsläufig auch im 21. Jahrhundert. Die Entwicklung lief völlig anders. Mit der wachsenden Komplexität der Arbeitsteilung, der fortschreitenden Erkenntnis schwer abschätzbarer Folgeerscheinungen industrieller Produktionsweisen, aber auch schlicht durch das Anwachsen von Herrschafts- und Kontrollinstrumenten ist die Bedeutung des Staates ist entgegen linker Theorie beständig angewachsen. Darüber dürfen Neoliberalismus, Privatisierungen und die Kürzung von Sozialausgaben nicht hinwegtäuschen. Bezeichnenderweise waren es die Konservativen, die im stetigen Anwachsen der Staatsfunktionen die Gefahr für individuelle Freiheit erkannten. Es war vor allem Ernst Forsthoff der auf die Abhängigkeit des modernen Individuums von staatlicher Daseinsvorsorge und staatlich geschaffenen Vorleistungen, dem „Verlust des beherrschten Raumes“ hinwies. Seine Theorie, die sich bei unbedarfter Herangehensweise für jeden Linken eingängig liest, mündet in der Verpflichtung des Staates zu sehr weitgehender Daseinsvorsorge. Sie sollte für die Staatstheorie des Faschismus zentrale Bedeutung erlangen. Eine überzeugende Antwort auf das Problem der Wahrung der Freiheit des Einzelnen unter den Voraussetzungen wachsender Abhängigkeiten gibt es bis heute nicht. Am ehesten sind noch die bürgerlichen Grundrechte in ihrer modernen Auslegung eine Möglichkeit dazu. Eng damit verknüpft ist das Problem der Komplexität von Planungsentscheidungen. Welche Belange wie zu ermitteln, zu gewichten und einzustellen sind, ist eine Wissenschaft für sich. Dies findet seinen sinnfälligen Ausdruck in der stark eingeschränkten gerichtlichen Kontrolle von Planungsentscheidungen. Mit der industriellen Entwicklung wuchs die Sensibilität für die Folgenderücksichtigung von Projekten. Ergebnis war der Aufbau umfangreicher Fachbehörden, die einzelne Aspekte hochgradig spezialisiert bearbeiten. Dennoch ist klar, dass bei allem Spezialwissen nicht jede denkbare Folge einer Entscheidung vorhergesehen werden kann. Trotz der Aura besteht eben die Staatskanzlei nicht aus Druiden und Hellsehern. In diesem Geflecht aus komplizierter Fachwissenschaft, schwieriger Abwägung von Einzelinteressen, häufig durch die Beteiligung unterschiedlicher Behörden institutionalisiert, und kaum absehbarer Folgen gerät die Forderung nach demokratischer Beteiligung ins Zwielflicht. Es wächst die Gefahr, dass Bürger, die sich gegen eine unmittelbare Belastung wehren, mit dem Vorwurf, keinen Blick für's Gesamte zu haben, diskreditiert werden. Umgekehrt ist dieser Vorwurf auch nicht immer von der Hand zu weisen. Linke mögen sich noch freuen, wenn Anwohner sich gegen Flughafenausbau und Transrapid wehren, aber wie sieht es bei einer Asylbewerberunterkunft oder einem psychiatrischen Krankenhaus aus? Infrastrukturpolitik wirft die Frage nach der Konkretheit von Demokratie in schroffer Härte auf.

II. Und Garmisch?

Diese einleitende Darstellungen waren so ausführlich, weil ich der Überzeugung bin, dass mit der

Positionierung zur Frage der Olympiabewerbung Weichen für die Entwicklung der Partei Die Linke gestellt werden. Sie hat hier die Chance, sich als ernst zu nehmende Alternative auch in Bayern anzubieten, sie hat aber auch die Gelegenheit gravierende Fehler zu machen. Ein solcher wäre es z.B. die Olympiabewerbung unter dem Gesichtspunkt „nutzt eh' nur dem Kapital“ abzuhandeln. Ein weiterer Fehler wäre es, die Angelegenheit nur aus großstädtischer Sicht zu betrachten. In der bislang nicht breit, aber ernsthaft geführten Debatte kritisch Interessierter zeichnete sich vor allem die Argumentationslinie ab, dass die Chancen, die in der Ausrichtung der Spiele liegen, u.a. aufgrund der bereits vorhandenen Infrastruktur und des schon vorhandenen Bekanntheitsgrades Münchens, gegenüber den Gefahren, etwa der Kosten und der Umweltbeeinträchtigungen nicht überwiegen. Dies ist wahrscheinlich richtig. Dennoch muss eine Antwort auf die Frage gefunden werden, wieso aus den beteiligten Gemeinden kein großer Widerspruch zu hören ist, was sich die Gemeinden davon versprechen und wenn es dabei bleibt, Olympia in Oberbayern abzulehnen, welche Entwicklungsvorstellungen für die Region man befürwortet. Da die Münchner Linke bislang nicht auf eine umfassende Debatte zu entwicklungsplanerischen Fragestellungen zurückgreifen kann, kann dieser Artikel nicht den Anspruch erheben, definitive Antworten zu geben. Es wäre viel erreicht, wenn eine Diskussion begonnen werden könnte. Hierzu sollen zunächst einige Fakten genügen. Die Gemeinde Garmisch-Partenkirchen hat etwas mehr als 26.000 Einwohner. Die Zahl stagniert bzw. ist seit einigen Jahren sogar leicht rückläufig. Der gesamte Landkreis umfasst ca. 88.000 Menschen. Murnau, Kochel, Mittenwald sowie Ober- und Unterammergau sind die nächstgrößeren Gemeinden mit überregionaler Bekanntheit. Regionalplanerisch gehört er dem Planungsverband Oberland an, der auch die Landkreise Weilheim-Schongau, Wolfratshausen und Miesbach umfasst. Der Regionalplan zeigt ebenso wie Veröffentlichungen kommunaler Behörden für den Landkreis ein wesentliches Strukturmerkmal, das wohl auch als ein wesentliches Strukturproblem begriffen werden kann. Die gesamte Region und insbesondere Garmisch selbst hängen weitgehend vom Tourismus ab. Von insgesamt 9411 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten arbeiteten im Jahr 2006 über 3000 im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr, weitere 4800 im sonstigen Dienstleistungsbereich, bei dem davon auszugehen ist, dass ein nicht unbeträchtlicher Teil von Einnahmen aus dem Tourismus abhängt. Das produzierende Gewerbe spielt mit 1500 Beschäftigten eine untergeordnete Rolle. Dies könnte man angesichts der generellen Tendenz des Abbaus produzierende Tätigkeiten in Westeuropa als nicht weiter bemerkenswert ansehen. Plan und kommunale Behörden sehen es anders. Zwar wird viel für die Wahrung der Attraktivität als Fremdenverkehrsstandort getan, insbesondere kann nicht geleugnet werden, dass die Qualität im Vordergrund steht. Allerdings ist der Tourismus ein besonders von Moden, Stimmungen und kurzfristigen Trends abhängiger Wirtschaftssektor. Der Regionalplan geht davon aus, dass eine differenziertere Beschäftigungsstruktur notwendig ist. Eben hier stellt aber die Steigerung des qualitativen Fremdenverkehrsniveaus ein Hindernis dar. Der Schutz des land- ▶

► schaftlichen Charakters, die Ausweitung naturschützender Standards und die Wahrung des Erholungswertes des Gebietes verhindert gerade die verstärkte Ansiedlung von produzierendem Gewerbe. Die Weichen für die Konzentration auf den Fremdenverkehr wurden früh gestellt. So erlangte Partenkirchen historisch vor allem aufgrund seiner Lage an der alten Römerstraße über die Alpen für den Durchreiseverkehr Bedeutung. In neuerer Zeit hat nach Angaben der Internetseite der Gemeinde der Gemeinderat in den sechziger Jahren selbst die Ansiedlung weiterer Gewerbebetriebe zugunsten des Tourismus verhindert. Dass dies nicht unproblematisch ist und dass generell das Oberland keine problemfreie Region ist, mag eine weitere Statistik verdeutlichen. So liegt die Bruttowertschöpfung pro Einwohner mit ca. 28.000 Euro pro Einwohner und Jahr deutlich unter dem Durchschnitt Bayerns und noch weit deutlicher unter dem Durchschnitt Oberbayerns. Und auch innerhalb des Planungsverbandes ist Garmisch mit 24.000 Euro noch deutlich abgeschlagen. Eine Antwort die Garmisch selbst auf die Strukturprobleme gegeben hat, ist eine stärkere Hinwendung zum Gesundheitssektor, in den viele Hoffnungen, ökonomisch gesprochen Investitionen gesetzt werden. Die Region, auch dies wird im Regionalplan problematisiert, liegt vom Zentrum München aus gesehen ziemlich abseits. Zugfahrer kommen nur gezielt in diese Region. Lediglich die Regionalbahn nach Innsbruck fährt über Garmisch. Sie braucht ca. 1 ½ Stunden, während man im von München nur knapp 20 km näher liegenden Ingolstadt mittlerweile in fast einer halben Stunde sein kann. Es macht für die Bekanntheit eines Ortes aber einiges aus, ob man ihn wenigstens bei Gelegenheit der Durchfahrt mal zur Kenntnis nimmt. Eine engere Verzahnung mit der Region München ist einerseits problematisch, da sie die Gefahr in sich birgt, eine eigenständige Entwicklung dauerhaft zu blockieren, indem insbesondere hochqualifizierte Arbeitskräfte abgezogen werden. Andererseits braucht Garmisch jedenfalls eine schnelle Verkehrsanbindung, will man von der Wirtschaftskraft Münchens dauerhaft, etwa durch kurzfristige Ausflüge, profitieren. Die Aufenthaltsdauer in den oberbayerischen Fremdenverkehrsregionen nimmt tendenziell ab, so dass wohl dieser Markt an Bedeutung gewinnen wird. Unter diesen Voraussetzungen wird deutlich, dass für Garmisch, anders als für München, wo die Olympiade ein „Event unter Vielen“ (StRin Brigitte Wolf) wäre, diese als Chance begriffen wird. Für eine vom Tourismus anhängige Region kommt es entscheidend darauf an, dass ihr Name im Gespräch bleibt, möglichst weltweit. Garmisch bekäme durch Olympia die Gelegenheit über zwei Wochen weltweit in den Nachrichten genannt zu werden. Allerdings ist fraglich, ob dies wirklich einen Effekt auf nachfolgende Besucherzahlen hat. Ferner ist Garmisch nicht die einzige Region in Oberbayern und schon gar nicht in der Welt, die Anstöße für Infrastruktur und Bekanntheit dringend nötig hätte. Die Linke könnte sich in der Debatte Verdienste erwerben, wenn es gelänge, sich ernsthaft mit den Problemen in der Region auseinander zu setzen und vor allem darauf hinzuweisen, dass dringend nötige Infrastrukturmaßnahmen nicht von zweiwöchigen Medienevents abhängig gemacht werden dürfen. Die Bahnlinie muss ausgebaut werden, auch ohne Eiskunstläufer. ■

DOKUMENTIERT

Aus der Sicht des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB), der die Bewerbung unterstützt

Sportstättenkonzept für die Münchner Olympiabewerbung bestätigt

9.7.09. Das Zwei-Cluster-Konzept für die Bewerbung um die Olympischen Winterspiele und Paralympics 2018 ist bestätigt. Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung stimmten dem Vorschlag zum Sportstättenkonzept der Bewerbungsgesellschaft München 2018 GmbH zu.

München geht mit dem Zwei-Cluster-Sportstättenkonzept in die Bewerbungsphase um die Olympischen Winterspiele 2018. Copyright: picture-alliance

Die Eiwettbewerbe sind im Eis-Cluster München und die Schneewettbewerbe im Schnee-Cluster Garmisch-Partenkirchen vorgesehen. Bob, Rodeln und Skeleton werden in Schönau am Königssee im Berchtesgadener Land ausgetragen. „Das Zwei-Cluster-Konzept hat den intensiven Prüfungen aus sportfachlicher, verkehrstechnischer sowie ökologischer Sicht standgehalten“, so Dr. Thomas Bach, Vorsitzender der Gesellschafterversammlung der Bewerbungsgesellschaft München 2018 GmbH und Präsident des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB). „Es ist die exzellente Grundlage für eine international wettbewerbsfähige Bewerbung.“

Die Anordnung der Sportstätten innerhalb der Cluster hat sich aufgrund der Prüfungen gegenüber der Machbarkeitsstudie teilweise geändert. So werden beispielsweise die Biathlon- und Langlaufwettbewerbe nun unterhalb der Romanshöhen im Norden von Oberammergau ausgetragen. „Sportfachliche und umweltrelevante Aspekte wie die Vermeidung von Eingriffen in Schutzgebiete sprechen für die neue Standortwahl“, erläutert Bernhard Schwank, Geschäftsführer der Bewerbungsgesellschaft München 2018 GmbH.

„Die Bayerische Staatsregierung unterstützt das Zwei-Cluster-Konzept“, bestätigt Finanzminister Georg Fahrenschon, der in Vertretung für den Bayerischen Ministerpräsidenten an der Gesellschafterversammlung teilnahm. „Die Konzentration auf zwei Standorte macht das Konzept international konkurrenzfähig und vermeidet negative Belastungen durch zusätzlichen Verkehr.“

Eis-Cluster München

Die Eiwettbewerbe sowie die Eröffnungs- und Schlussfeier finden im Münchner Olympiapark statt. Die Medal-Plaza wird im Herzen der Stadt, am Rathaus, eingerichtet. „Die Zusammenfassung des Eis-Cluster in der beeindruckenden

Kulisse des Olympiaparks, der wie keine andere olympische Anlage auf der Welt seit Jahrzehnten hervorragend angenommen wird, und damit bereits ein großes Zeichen für die Nachhaltigkeit setzt, ist eine der Besonderheiten unserer Bewerbung und macht diese so attraktiv“, sagt Christian Ude, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München. „Die derzeitige Diskussion um eine neue Mehrzweckhalle im Olympiapark zeigt, wie nachhaltig das Sportstättenkonzept angelegt ist und wie gut es sich in den Entwicklungsplan der Landeshauptstadt einfügt.“

Die Eishockey-Turniere finden in einer neuen Halle am Standort des jetzigen Eissportzentrums und in der neuen Multifunktionshalle auf dem Gelände der Event-Arena statt. Eiskunstlauf und Short Track sind in der Olympiahalle geplant. Die Curling-Wettbewerbe werden in der temporär umgebauten Olympia-Schwimmhalle, die Eröffnungs- und Schlussfeier im Olympiastadion ausgetragen. Für die Eisschnelllaufwettkämpfe wird eine Halle auf dem Gelände des TUM Campus der Technischen Universität München im Olympiapark errichtet.

Unmittelbar angrenzend an den Olympiapark entsteht auf Teilflächen des Bundeswehr-Verwaltungszentrums an der Dachauer Straße das Olympische Dorf mit ca. 3.500 Betten. Medienvertreter werden im temporären Mediendorf nahe des „Main Media Center“ in der Münchner Messe und im „Olympic Media Village“ am Rand des Olympiaparks untergebracht. Letzteres steht im Anschluss an die Olympischen Spiele genauso wie das Olympische Dorf der Münchner Bevölkerung als innenstadtnahes, innovatives Wohnviertel mit hohen energetischen Standards zur Verfügung.

Schnee-Cluster Garmisch-Partenkirchen

Die unter sportfachlichen, verkehrstechnischen und ökologischen Gesichtspunkten optimierte Sportstättenverteilung im Schnee-Cluster Garmisch-Partenkirchen weist Veränderungen zur früheren Planung auf. Neben den Langlauf- und Biathlonwettbewerben wurde die Halfpipe aus Gründen der besseren Umweltverträglichkeit an den so genannten „Amihang“ verlegt.

Die Alpinwettbewerbe finden – mit Ausnahme des Spezial- und des Kombinationslalom – auf der Kandahar-Abfahrt statt. Sowohl Spezial- als auch Kombinationslalom werden auf der erprobten Weltcup-Strecke in unmittelbarer Nachbarschaft zum Skistadion am Gudiberg ausgetragen. Dort werden neben den Sprungwettbewerben von der großen und der kleinen Schanze auch die Aerial- und Moguls-Wettbewerbe durchgeführt. Für Parallel-Giant Slalom sowie Snowboard- und Ski-Cross steht die Hornabfahrt am Hausberg zur Verfügung.

Für die Biathlon- und die Langlaufwettbewerbe konnte ein geeigneter Standort unterhalb der Romanshöhen im Norden Oberammergaus ermittelt werden.

„Die intensiven Expertenprüfungen haben gezeigt, dass Garmisch-Partenkirchen hervorragend für Olympische Spiele gerüstet ist. Ein Großteil der Schneewettbewerbe kann auf bereits bestehenden Anlagen ausgetragen werden“, so Thomas Schmid, Bürgermeister von Garmisch-Partenkirchen.

Für die Athletinnen und Athleten der Schneewettbewerbe stehen 2.500 Betten im sogenannten „Snow Village“ zur Verfügung. Für Medienvertreter wird ein „Sub-Media-Center“ eingerichtet. Mit diesem Konzept für die Schneewettbewerbe können die erforderlichen Eingriffe in geschützte Gebiete auf ein Minimum reduziert und damit neue Maßstäbe für Großveranstaltungen im Wintersport gesetzt werden.

Schönau am Königssee

Die Kunsteisbahn am Königssee wird 2018 die Bob-, Rodel- und Skeletonwettbewerbe beherbergen. „Bei der Bob- und Skeleton WM 2011 können wir kurz vor der Entscheidung um die Olympischen Winterspiele 2018 zeigen, dass unsere Kunsteisbahn auf dem neuesten Stand der Technik und das Berchtesgadener Land für die Olympischen Spiele bestens gerüstet ist“, erklärt der Landrat des Berchtesgadener Landes Georg Grabner. Die rund 300 Sportlerinnen und Sportler werden in Schönau am Königssee in einem bis 2018 fertiggestellten Hotelkomplex untergebracht sein.

<http://www.muenchen2018.org/Kurzinformationen.pdf>



Weitere Informationen bietet die Homepage www.muenchen2018.org. Besucher finden hier Details zum Bewerbungskonzept bzw. zum Bewerbungsablauf und darüber hinaus Informationen und Tipps rund um die Olympische Bewegung. <http://www.dosb.de>

**Grundlagenpapier des Bund Naturschutz in Bayern e.V. (BN)
zur geplanten Bewerbung für die Olympischen Winterspiele 2018
„München + 2“ mit dem Schwerpunkt Garmisch-Partenkirchen**

Vom Mikroklima und Megaschulden



Rodung Stegerwald und Erdrutschgefahr bei Tunnelbaustelle am Trögelhang für Ski-WM, Garmisch-Partenkirchen, Fotos: A. Doering, 2008

Autoren:

Axel Doering, Bund Naturschutz, Garmisch-Partenkirchen

Sylvia Hamberger, Gesellschaft für ökologische Forschung, München

mit Anregungen von Heike Aghte, Rudi Erlacher, Christian Hierneis, Dr. Christine Margraf, Ekkehard Pascoe und Dr. Wolfgang Zängl

Herausgeber:

Bund Naturschutz in Bayern e.V. (BN), Pettenkoferstraße 10a/I, 80336 München, Tel.: 089/548298-89, www.bund-naturschutz.de, 1. Fassung März 2009

Inhalt:

- 1 Vorwort: Zur Absicht dieses Papiers (S. 14)**
- 2 Olympische Winterspiele 2018 – Ist „München+2“ wirklich ein „starker“ Kandidat ? (S. 15)**
- 3 Klimawandel (S. 15)**
- 4 Image und Symbol (S. 17)**
- 5 Nachhaltigkeit (S. 18)**
- 6 Ökologische Bilanz (S. 18)**
- 7 Ökonomische und soziale Bilanz (S. 21)**
- 8 Fazit: Gesamt-Bilanz (S. 24)**

1. Vorwort: Zur Absicht dieses Papiers

Vom „Zauberwort Olympia“ sprach eine Stadträtin der Grünen bei der Anhörung zur Bewerbung um die Olympischen Winterspiele 2018. Auf die Gefahr hin, manche aus ihrem zauberhaften Träumen zu reißen: Mit guten Worten allein werden olympische Winterspiele weder „ökologisch“ und „nachhaltig“ zu haben noch mit gutem Gewissen durchführbar sein. Bereits vor der Bewerbung hätten die ökologischen, ökonomischen und sozialen Folgen für die betroffenen Orte genauer geprüft werden müssen.

Neben aller verständlichen Begeisterung der Athleten und Funktionäre sollten dabei vor allem die langfristigen Auswirkungen für die Umwelt und der langfristige Nutzen für die Bevölkerung in den austragenden Orten untersucht werden. Sie bleiben nach den Spielen zurück, und nur eine kri-

tische Bestandsaufnahme vorher kann verhindern, dass sich der „Zauber Olympia“ hinterher als fauler Zauber erweist.

Der Bund Naturschutz in Bayern e.V. (BN) will mit diesem Papier jenseits aller Olympia-Euphorie zeigen, warum aus Sicht des Natur- und Umweltschutzes grundsätzliche Bedenken – vor allem in Bezug auf alle Skiwettbewerbe in Garmisch-Partenkirchen – für die Bewerbung „München plus zwei“ gibt. Gerne hätten wir diese Diskussion zu einem Zeitpunkt geführt, als Entscheidungen für oder gegen eine Bewerbung mit den Skiwettbewerben in Garmisch-Partenkirchen noch möglich waren.

Bei der Klausurtagung „Umwelt“ des Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) am 13. Februar 2009 in München wurden aber keinerlei Zweifel

daran gelassen, dass der „Zug abgefahren ist“, sprich: „München plus zwei“ will sich auf jeden Fall genau in dieser Form bewerben. Die Naturschutz- und Umweltverbände können allenfalls in einer „Umwelt-Fach-Kommission“ des DOSB mitarbeiten und Detail-Vorschläge für „ökologische Umsetzungen“ erarbeiten, wobei „höhere Gremien“ letztlich über diese Vorschläge zu entscheiden haben.

Das kann aber aus unserer Sicht dem Anspruch der bisher „ökologischsten“ und „nachhaltigsten“ Olympischen Winterspiele – wie sie vordergründig angekündigt werden – nicht gerecht werden. Auch wurden Fragen sowohl zum ökologischen Gesamtkonzept als auch zu wichtigen Detailfragen zum wiederholten Male nicht beantwortet.

Zuvor hatten die beteiligten Umweltverbände bereits am 6.12.2007 in einem Schreiben an die (Ober-)Bürgermeister und Stadt- bzw. Gemeinderäte der betroffenen Kommunen ihre Zweifel an der Bewerbung dargelegt, einen umfangreichen Fragenkatalog erstellt und um Beantwortung dieser Fragen gebeten. Nach einer ersten unbefriedigenden Antwort (keine Fragestellung wurde behandelt) von OB Ude (München) wurden die Fragen in einem zweiten Schreiben vom 31.1.2008 erneut formuliert. Hierauf haben die Verbände bis heute keine Antwort erhalten.

Nach einem Treffen mit dem damaligen Ge-

schäftsführer der Vorbereitungsgesellschaft, Wilfried Spronk mit Vertretern von DOSB und den Umweltverbänden am 23.7.2008, in dem unsere Zweifel erneut nicht ausgeräumt werden konnten, haben die Verbände in zwei Sitzungen einen weiteren Fragekatalog erstellt, der am 8.1.2009 an die Vorbereitungsgesellschaft und den DOSB gesandt wurde. Diese Fragen wurden bis zu dem Treffen am 13.2.2009 – und auch dort – in keiner Weise beantwortet.

Es überrascht, dass 16 Monate nach dem „Olympia Warm-Up“ (8.8.2007) bereits eine Machbarkeitsstudie mit vielen technischen Details existierte, aber trotz des Mottos „Ökologische Spiele“ bisher noch nicht einmal ein Rohgerüst für die Bereiche Ökologie, Klimaneutralität sowie Natur- und Umweltschutz vorgelegt werden kann. Es kann auch nicht Aufgabe der Verbände sein, dieses zu erarbeiten. Die Verbände können den Fortgang der Bewerbung aus ökologischer Sicht kritisch begleiten und ihre Forderungen einbringen. Jedoch kann es nicht im Interesse der Verbände liegen, „die höchsten ökologischen Ansprüche an die Spiele zu stellen, soweit das bei einem solchen Großereignis eben möglich ist“ (Zitat Dr. Vesper am 14.2.2009), sondern die Verbände gehen umgekehrt von den höchsten ökologischen Standards aus, unter die die Spiele zu subsumieren sind und die durch die Spiele nicht verletzt werden dürfen.

2. Olympische und paralympische Winterspiele 2018 – Ist „München plus 2“ wirklich ein „starker“ Kandidat?

Die Landeshauptstadt München will sich zusammen mit Garmisch-Partenkirchen und Schönau am Königssee für die 23. Olympischen und Paralympischen Winterspiele im Jahr 2018 bewerben.

Kernstück der Bewerbung ist das Konzept „München plus zwei“: Dabei bekommt München sämtliche Eissportarten („Ice-Cluster“) und bildet mit olympischem Dorf, dem Media Center sowie Auftakt- und Abschlussveranstaltung das Zentrum der Spiele. In Schönau am Königssee sollen die Bob-, Skeleton- und Rodelwettbewerbe stattfinden. Garmisch-Partenkirchen würde laut Machbarkeitsstudie (Kurzfassung) „ideale Voraussetzungen für die Austragung sämtlicher alpinen und nordischen Disziplinen bieten“ – das sogenannte „Snow-Cluster“. Das heisst: Alle Schneewettbewerbe sollen in Garmisch-Partenkirchen stattfinden. Als wichtigster Bereich olympischer Winterspiele bedeutet das für den Austragungsort die zeitgleiche Durchführung aller Skiwettkämpfe im alpinen (Ski-Alpin) und im nordischen (Langlauf) Bereich, des Biathlon, der Snowboard-, Freestyle- und der Ski-sprungwettbewerbe.

Im Einzelnen müssen folgende Veranstaltungen abgewickelt werden (siehe Kasten S. 16):

Vorhanden und nutzbar sind bisher nur Teile der Anlagen für Ski-Alpin, und Teile der Anlagen für die Ski-Sprungwettbewerbe. Eine vorhandene kleine Biathlonanlage in Kaltenbrunn wurde bereits für unzureichend erklärt.

Da alle diese Veranstaltungen unter freiem Himmel in der Landschaft ausgetragen werden, liegen hier die größten Probleme im Bereich des Umwelt- und Naturschutzes, die durch die niedrige Höhenlage

(700 m ü.NN) von Garmisch-Partenkirchen und den sich beschleunigenden Klimawandel weiter verstärkt werden.

Bisher liegen folgende **Entscheidungen** vor: Die Vollversammlung des Münchner Stadtrates hat am 28.11.2007 – laut Presseberichten mit nur einer Gegenstimme – der Bewerbung für die 23. Olympischen und Paralympischen Winterspiele 2018 zugestimmt. Der Gemeinderat von Garmisch-Partenkirchen folgte einstimmig am 29.11.2007. Grundlage für diese Entscheidungen war die so genannte Machbarkeitsstudie, die den beteiligten Stadträten nur in einer Kurzfassung zur Verfügung stand.

Am 8.12.2007 hat die Mitgliederversammlung des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB) in Hamburg über die Bewerbung Deutschlands mit München als Austragungsort positiv entschieden.

Die Umwelt- und Naturschutzverbände wurden zu diesem Zeitpunkt weder angehört noch einbezogen.

Münchens Oberbürgermeister Ude war seit Beginn der Bewerbungspläne begeistert von der Vorstellung, München könne die erste Stadt werden, die sowohl Sommer- als auch Winterspiele ausrichtet:

„Olympische Spiele in München müssen eine unverwechselbar Münchnerische Handschrift haben. Dazu gehört eine starke ökologische Orientierung – der Schutz von Umwelt und Natur im Alpenraum muss einen hohen Stellenwert haben!“ (muenchen.de, 10.8.2007).

In der Kurzfassung der „Machbarkeitsstudie“ bezieht man sich hinsichtlich Klimaschutz und Nachhaltigkeit auf den „Leitfaden „Green Champions“ des BMU und der DOSC und folgert:

- „Anhand dieser Grundlagen bestehen beste Voraussetzungen, die Olympischen und Paralympischen Winterspiele 2018 *im Sinne von Nachhaltigkeit und Klimaschutz* durchzuführen und durch darüber hinausgehende Maßnahmen neue Standards für den Umweltbereich zu setzen.“

Und im „Fazit“ wird ausgeführt:

„Sämtliche Planungen von Neubauten sowie Nutzungen und Umplanungen im Bestand sind unter dem Gesichtspunkt der Umweltverträglichkeit zu prüfen. Die Zielsetzungen sollten hierbei *klimaneutrale Winterspiele* (und) ‚Zero-Emission‘-Einrichtungen ... sein“. (Hervorhebungen nicht im Originaltext)

Nach diesen Aussagen und allgemeinen Zielsetzungen würde man eine verantwortungsvolle Abwägung aller Fakten erwarten, die vor allem auch den Klimawandel, der die Alpen ganz besonders berührt, und die Klimaziele der Bundesrepublik mit beinhaltet.

Doch wie will man diese Vorgaben insbesondere bei den Schneewettbewerben in Garmisch-Partenkirchen erfüllen?

Im Einzelnen müssen folgende Veranstaltungen abgewickelt werden:		
Ski-Alpin	Abfahrt, Super-G, Riesenslalom, Slalom, Alpine Kombination	Damen und Herren
Langlauf	Sprintrennen, Team Sprint, Einzelrennen, Verfolgungsrennen, Massenstart, Staffelrennen	Damen und Herren
Nordische Kombination	Jagdrennen, Mannschaftsrennen	Damen und Herren
Biathlon	Sprintrennen, Einzelrennen, Verfolgungsrennen, Massenstart, Staffelrennen	Damen und Herren
Skispringen	Normalschanze, Großschanze, Mannschafts-springen	Herren
Freestyle Skiing	Buckelpiste, Springen, Ski Cross	Damen und Herren
Snowboard	Halfpipe, Snowboardcross, Parallel-Riesenslalom	Damen und Herren

3. Klimawandel

In Zeiten des Klimawandels, der sich schon jetzt stark beschleunigt, überrascht der Glaube, dass 2018 – in 9 Jahren – Winterspiele in Höhenlagen von 700 m ü.NN bis 1650 m ü.NN an der Kandahar, am Gudiberg und in Kaltenbrunn sowie am Barmsee überhaupt noch möglich – und dazu auch noch „klimaneutral“ – sein könnten.

Die global gemittelte Temperatur der Erde ist in den letzten 100 Jahren um etwa 0,8°C (bald 0,9°C) angestiegen, davon allein 0,6°C in den zurückliegenden 30 Jahren. **Der Alpenraum ist vom Klimawandel besonders stark betroffen: Der Temperaturanstieg ist hier doppelt so hoch wie im globalen Durchschnitt. In Garmisch-Partenkirchen ist es seit 1972 bereits um ca. 1,6°C wärmer geworden.**

Der UN-Weltklimarat IPCC („Intergovernmental Panel on Climate Change – Zwischenstaatlicher Ausschuss für Klimaänderung“) rechnet mit einer globalen Erwärmung um 1,8 bis 4 Grad Celsius (mit einer prognostizierten Schwankungsbreite von 1.1 bis 2,9 bzw 2,4 bis 6,4 Grad Celsius im globalen Durchschnitt) im Laufe dieses Jahrhunderts – je nach Szenario der Treibhausgas-*Senkung*.

Das heutige Niveau der Treibhausgase liegt deutlich höher als das natürliche Niveau in den letzten 650.000 Jahren und ist niemals in dieser Zeit so rasch angestiegen wie in den letzten 50 Jahren. Hohe Treibhausgas-Konzentrationen in der Atmosphäre sind aber immer gekoppelt mit höheren Temperaturen. Im November 2007 weist der IPCC nochmals eindringlich auf die Folgen des Klimawandels und dessen Beschleunigung hin: „Eine Erwärmung unter 1,5°C ist sehr unwahrscheinlich, eine über 4,5°C nicht auszuschließen.“ (4 Sachstandsbericht-AR4, 2007).

Im Dezember 2008 warnt der Klimaschutzbeauftragte der Bundesregierung, Hans-Joachim Schellnhuber, erneut vor der dramatischen Be-

schleunigung: **„Wir sind auf dem Weg zur Destabilisierung des Weltklimas viel weiter fortgeschritten, als die meisten Menschen und Regierungen denken.“** Der Klimawandel äußert sich nicht „nur“ in linearer Erhöhung der Temperaturen: Extreme Wetterereignisse haben zugenommen und die Befürchtungen gehen von so genannten „Kipp-Elementen“ aus. „Für die Arktis sei bei der jetzigen Erderwärmung von 0,8°C die Grenzlinie offenbar schon überschritten“ (APP-Meldung, 29.12.2008).

Die Zunahme der Wetterextreme und der Anstieg der globalen Temperatur machen die Ausrichtung olympischer Winterspiele und die Nachnutzung der Infrastrukturen mit jedem Jahr mehr zum Va-banquespiel.

Die Häufung wärmerer Winter und eine Vielzahl extremer Wetter-Ereignisse – wie längere Trocken- und Wärmeperioden auch im Winter oder Starkniederschläge – stellen eine „ernste Gefahr für die Schneesicherheit in den Skigebieten der Alpen und folglich für die wintersportorientierte regionale Wirtschaft“ (OECD) dar. Diese Studie der OECD (Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) wurde bereits 2006 veröffentlicht und bezeichnet die Lage für die deutschen Skigebiete als besonders ernst. Auch andere Studien gehen davon aus, dass die „Schneesicherheit“ unterhalb von 1700 m ü.NN (und darüber) abnimmt und bald nicht mehr gewährleistet ist. Mit dem Anstieg der Nullgradgrenze nehmen Schneemengen wie Schneehäufigkeit in den Voralpen bereits ab – die Niederschläge fallen häufiger als Regen. Starkschneefälle in höheren Lagen können zu erhöhter Lawinengefahr führen.

Der Bürgermeister von Garmisch-Partenkirchen beschwört in der Sendung „Kontrovers“ am 21.1.2009 zwar, dass es sogenannte „Mikroklimata“ gibt. Das sei auch so in Garmisch-Partenkirchen an

den Nordhängen, wo statistisch gesehen die Temperaturen in den letzten 15 Jahren gesunken seien. Diese Annahme stützt sich auf die Aussagen von Prof. Seiler, der noch vor wenigen Jahren zu den profiliertesten Warnern vor dem Klimawandel gehörte. Inzwischen ist der ehemalige Direktor des Instituts für Meteorologie und Klimaforschung zum Umweltreferenten des Organisationskomitees für die FIS-Skiweltmeisterschaften 2011 in Garmisch-Partenkirchen geworden und gehört zu den bekanntesten Befürwortern der Bewerbung für die Olympischen Winterspiele 2018. Auf seine Klimaprognosen stützt sich vor allem die Bewerbung für die Skiwettkämpfe. Diese Prognosen gehen in erster Linie davon aus, daß „die Anzahl der Tage (bzw. Nächte) mit niedrigen Temperaturen in der relevanten Zeitspanne zunimmt“ (Prof. Seiler in der Anhörung der Grünen, 28.11.2008). Daraus wird gefolgert, dass es in Garmisch-Partenkirchen – und hier besonders am Kandaharhang – kälter würde – im Gegensatz zum stärkeren Erwärmungstrend weltweit und insbesondere in den Alpen. Ungeklärt bleibt dabei auch die Frage, wie eine Nachnutzung der Anlagen nach dem kurzen „olympischen Event“ 2018 gewährleistet sein soll.

Regionale Prognosen für so eng begrenzte Gebiete mit weitreichenden Aussagen sind in der Klimaforschung – vorsichtig formuliert – sehr umstritten. Gleichzeitig betont auch Prof. Seiler, dass Garmisch-Partenkirchen neben Oberstdorf zu den Gewinnern im Wintersport gehöre, weil sie „hochgelegene Wintersportpisten haben“, denn „Wintersport wird nur noch in Höhen von mehr als 1200 Meter möglich sein“ (merkur-online, 25.1.2009). Das wäre aber eine Absage an die Kandahar-Pisten, die zwischen 740 m ü.NN bis 1650 m ü.NN liegen. Für die Bereiche in Kaltenbrunn und Klais bzw Barmsee gibt es unseres Wissens bisher keinerlei Aussagen zur Klimaentwicklung bis 2018.

Nach Aussagen von IOC-Präsident Rogge werden der Klimawandel und die Entwicklung der Schnee-

bedingungen an den Austragungsorten innerhalb der nächsten Jahre zu einem entscheidenden Vergabekriterium für die Olympischen Winterspiele werden.

Denn Schnee und Schneesicherheit sind unabdingbar für Olympische Winterspiele. Natürlich kann es sein, dass in Garmisch-Partenkirchen ausgerechnet im Winter 2018 Schnee liegt – und ausgerechnet zum richtigen Zeitpunkt der olympischen Skiwettkämpfe. Doch kein Veranstalter wird sich darauf verlassen.

„Schneesicherheit“ kommt schon heute fast ausschließlich aus der Maschine. Die zeitgerechte Durchführung von Wintersport-Großveranstaltungen ist nur noch mit hohem Energie- und Landschaftsverbrauch möglich, denn die Vielzahl schneeabhängiger Sportarten erzwingt die Vollbeschneidung aller Pisten, Loipen und Schanzen. Der Ausbau der Beschneidungsanlagen betrifft auch Gletschergebiete. Neue Pläne sehen die Beschneidung des Zugspitzgletschers vor.

Von den Verantwortlichen und den Planern für „München plus zwei“ gibt es die Vorgabe, dass alle Skiwettkampfstätten in Garmisch-Partenkirchen künstlich beschneit werden müssen. Das bestätigte auch Matthias Schöner vom Planungsbüro Albert Speer & Partner bei der Klausurtagung des DOSB am 13.2. 2009 in München. Hier stellt sich aber für uns eine der entscheidenden Fragen: Wie ist das „Allerheilmittel“ der künstlichen Beschneidung mit dem dafür notwendigen Energie- und Landschaftsverbrauch vereinbar mit der Vorgabe, die Olympischen Winterspiele 2018 besonders „klimaneutral“, nachhaltig“ und „ökologisch beispielhaft“ durchzuführen?

Die Olympischen Winterspiele „München plus zwei“ sind im Jahr 2018 – also in 9 Jahren – geplant. Das ist aber gerade die Zeitspanne, die uns nach Expertenmeinung für eine radikale Änderung der Energiepolitik in Richtung *Klimaschutz*-Politik noch bleibt.

4. Image und Symbol

In Zeiten des Klimawandels sind neun Jahre ein langer Zeitraum. Man weiß zwar nicht, wann die Wetterextreme in welcher Form weiter zunehmen und ob die klimatischen Kipp-Elemente über die Arktis hinaus Wirklichkeit werden, aber man muss jetzt schon mit symbolischen Kipp-Effekten rechnen: Außergewöhnliche Wetterereignisse, die auf den Klimawandel zurückzuführen sind, können zu dessen Symbol werden. Damit könnte sich aber die öffentliche Meinung auf den Kopf stellen und Begeisterung schlägt um in Ablehnung.

Eine realistische Planung muss jetzt damit rechnen, dass olympische Winterspiele, die mit Schneekanonen gegen den Klimawandel erzwungen werden, in neun Jahren zum Ausdruck der Verantwortungslosigkeit, ja der „Selbsterstörung“ menschlichen Handelns werden. Die Olympischen Winterspiele 2018 in Garmisch-Partenkirchen, Königsee und München könnten dann weltweit Beachtung finden – nicht als Fest der Jugend, sondern als Menetekel des Klimawandels. Ein Menetekel, dessen Schrift vielleicht als weißes Kunstschnee-Band inmitten einer dunklen Landschaft weltweit verbreitet werden würde. Bestes Beispiel ist die Berichter-

stattung über die Biathlon-WM in Pyeong Chang/Korea im Februar 2009, die fast ins (Schmelz)-Wasser fiel. Das Wetterchaos in Pyeong Chang „könnte auch verheerend für die koreanischen Ambitionen sein, dort Olympische Winterspiele auszutragen. Wovon München profitieren könnte, schließlich gilt Pyeong Chang als härtester Konkurrent für die Bewerbung 2018“ (Abendzeitung, 14./15.2.2009)

Diese Berichte äußern sich deutlich über den Image-Verlust. Gleichzeitig folgern sie aber falsch, dass dies hier nicht passieren könnte.

Am Alpenrand – auch im Gebiet von Garmisch-Partenkirchen – steigen die Temperatur-Maxima an Föhntagen an, und in neun Jahren kann es in Garmisch-Partenkirchen so und schlimmer aussehen wie jetzt in Pyeong Chang.

Zumindest muss man diesen „GAU“ für die Olympischen Winterspiele 2018, der umso wahrscheinlicher wird, je klimasensibler der Veranstaltungsort ist, in die Entscheidungsfindung einbeziehen. Wenn man sich dann doch dafür entscheidet, dann weiß man wenigstens, auf welchem dünnem Eis der öffentlichen Akzeptanz man sich dem Termin nähert. ▶

5. Nachhaltigkeit

In der Bewerbung für die Olympischen Winterspiele 2018 in Deutschland ist München der verantwortliche „Austragungsort“, der Garmisch-Partenkirchen und Schönau/Königsee mit einbezieht. München hat bereits 2003 so genannte „Nachhaltigkeitsziele“ verabschiedet, die dem Klimaschutz dienen. Klimaschutz und ökologische Nachhaltigkeit stehen auf der kommunalen Agenda.

Für Olympische Spiele in einer Bergregion gelten die besonderen Bedingungen vor Ort. Olympische Spiele haben als globales Ereignis Vorbildcharakter. Sie sollen der ganzen Welt das Nachhaltigkeitsbewusstsein der Gastgeber demonstrieren. Deutschland soll dabei, entsprechend seinem Selbstverständnis ökologisch, ökonomisch und sozial besonders vorbildliche Spiele veranstalten – und wird weltweit daran gemessen.

Es gilt für eine nachhaltige Entwicklung, dass alle drei Nachhaltigkeitsfaktoren zugleich und *nachweislich* erfüllt sein müssen:

- Olympische Spiele müssen eine solide *ökologische Bilanz* erbringen. Sie dürfen keine Naturgüter vernichten, sie dürfen den *Klimawandel* nicht fördern, sondern müssen ihn in ihren Planungen mit einbeziehen und ihm entgegen wirken: Sie sollen vorbildliche Lösungen erarbeiten, die dem Umweltstandort Deutschland (München, Garmisch-Partenkirchen, Königsee) zur Ehre gereichen. Auch die ökologische Bilanz muss für kommende Generationen positiv wirksam sein.

- Olympische Spiele müssen eine solide *ökonomische Bilanz* in einer volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung erbringen. Sie dürfen keine „ungedeckten Schecks auf die Zukunft“ ausstellen, wenn diese die kommende Generation belasten (Verschwendung öffentlichen Eigentums, Zerstörung von „Umweltkapital“ – Unversehrtheit, Schönheit und Vielfalt der Natur –, Verschuldung der Haushalte); alle technischen Einrichtungen und Bauten und ihre Nachfolgelasten müssen in die Bilanz einbezogen werden.
- Olympische Spiele müssen der lokalen Bevölkerung nutzen. Der *soziale Nutzen* der Veranstaltung bemisst sich an den auf Dauer geschaffenen Arbeitsplätzen, der Zustimmung und Unterstützung der Bevölkerung vor Ort (nicht: der Besucher oder „Deutschlands“) und der langfristig zu erwartenden Verbesserung von politischen und kulturellen Infrastrukturen und der Bewahrung der natürlichen Ressourcen. In einer nachhaltigen Sozialentwicklung geht es um Förderung attraktiver, sinnvoller und dauerhafter Arbeitsplätze sowie langfristiger Existenzmöglichkeiten und bezahlbarer Wohnungen in der Gemeinde.
- Alle Entscheidungen, die Nachhaltigkeitsfaktoren betreffen, erfolgen im Dialog mit der Bevölkerung und ihren Vertretungen (soziale Dialogstandards). Umwelt- und Naturschutzverbände müssen daher zwingend wesentlich intensiver beteiligt werden.

Klimaschutz und Nachhaltigkeit sind Querschnittskriterien für die Olympischen Winterspiele.

Nimmt man diese – global so vereinbarten – Kriterien zum Maßstab der Olympiabewerbung, ist nicht erkennbar, wie die Olympischen Winterspiele 2018 – insbesondere im dafür zu niedrig gelegenen Garmisch-Partenkirchen als nachhaltiges Projekt umsetzbar sind.

6. Ökologische Bilanz

6.1. Landschafts- und Naturschutz

Mehr als die Hälfte der Landschaften und Naturräume des Landkreises Garmisch-Partenkirchen sind ökologisch besonders empfindlich und bedroht. Sie wurden deshalb unter Landschafts- oder Naturschutz gestellt.

Es fällt bei der Bewerbungsbefürwortung auf, dass durch die drängenden Probleme des Klimawandels der traditionelle Natur- und Umweltschutz ganz unter den Tisch zu fallen drohen. Alle Bemühungen richten sich darauf darzulegen, dass die Spiele klimaneutral durchzuführen sind. Die gewaltigen Eingriffe in sensible Landschaften werden unterbewertet

Es ist zu erwarten, dass sich die Baustellen und Anlagen auch in bisher naturnahe Bereiche und geschützte Biotope ausdehnen werden. Wo will man gerade in diesem Landkreis die neuen Anlagen und Infrastruktureinrichtungen unterbringen, einrichten, bauen und installieren, die für olympische Winterspiele gebraucht werden? Was will man opfern und zu welchem Preis?

Das „Snow-Cluster“ Garmisch-Partenkirchen soll für die Olympischen und Paralympischen Winterspiele 2018 ausgebaut werden. Die „Machbarkeitsstudie“ (Kurzform) sieht hier die Zusammenführung aller alpinen und nordischen Sportarten vor, nennt die Umbauten für die WM 2011 als „optimale

Voraussetzungen für eine potenzielle Nutzung“ und stellt klar: „Das gegenwärtige „Snow-Cluster“-Konzept sieht außerdem verschiedene Alternativen für eine Neugestaltung der Langlauf- und Biathlon-Strecken mit dazugehöriger Infrastruktur in Kaltenbrunn und im Bereich Klais vor“. Statt nach Klais will man inzwischen mit den Langlaufbereichen auf Wiesenflächen in der Nähe des Barmsee ausweichen. Alle Anlagen und Pisten sollen künstlich beschneit werden und die Frage nach der Anzahl neuer Beschneiteiche konnte bisher noch nicht endgültig beantwortet werden, denn die. s.u. bei Wasser: Bereitstellung von Wassers zur Beschneigung wird zu einem großen Problem werden.

Zu den eigentlichen Sportanlagen kommen noch dazu: Straßen, riesige Parkplätze, Beleuchtungsanlagen auch für die Wettkampfbereiche, Standorte und Tribünen für Presse und Besucher, Sicherheitseinrichtungen, olympisches Dorf und „temporäres Mediendorf“ und alle Ver- und Entsorgungs- sowie technische Infrastruktur. Ohne hohen Energie-, Wasser- und Landschaftsverbrauch ist das nicht möglich.

Nicht nachzuvollziehen ist, dass die Veranstalter die bereits in Oberbayern (Ruhpoldings Biathlonanlagen) und Schwaben (Oberstorfs weltmeister-schaftstaugliche Langlaufanlagen) vorhandenen Austragungsstätten nicht in die Bewerbung mit

aufgenommen haben. Hier werden, wegen des vermeintlichen Vorteils der „kompakten Bewerbung“ ein erheblicher zusätzlicher Flächenbedarf, zusätzliche Kosten und gravierende Eingriffe in derzeit noch intakte Landschaftsräume in Kauf genommen (Langlaufanlagen mit Stadion und Parkplätzen am Barmsee und Neuanlage bzw Ausbau der Biathlonanlagen und Parkplätze etc in Kaltenbrunn).

Die immensen Dimensionen einer einzigen Weltmeisterschaft im Skisport zeigen sich in der Vorbereitung für die Ski-WM 2011 in Garmisch-Partenkirchen. Der Pistenausbau hat nichts mehr mit den ursprünglichen Planungen und der Bewerbung zu tun. Auch die Ausbauplanungen, die ursprünglich mit dem Bund Naturschutz ausgehandelt wurden, wurden nicht realisiert. Nach dem Zuschlag durch die FIS kehrten die lokalen Planer fast vollständig zu ihren Maximalvorstellungen vom Beginn der Planungen zurück und setzten sie durch.

Trotzdem behaupten Verantwortliche des Ausbaus, wie Günter Hujara, Heinz Mohr und auch Christian Neureuther, dass die neue Kandahar in Übereinstimmung mit dem BN gebaut wurde. Dem muss entschieden widersprochen werden! Die Forderungen der FIS haben alle genehmigten Pläne (auch die Plan-Grundlagen für den Zuschlag durch die FIS) zur Makulatur gemacht: „Für den im kommenden April beginnenden Endausbau der Kandahar-Abfahrt haben der Internationale Skiverband (FIS), das Organisationskomitee der Alpinen Ski-WM 2011 und die Marktgemeinde Garmisch-Partenkirchen um Änderungen der bisherigen Planungen gebeten.“ (Garmischer Tagblatt 21.11.2007). Diese Planungsänderungen erforderten im Sommer 2008 u.a. noch mehr radikale Eingriffe in den Bergwaldbestand, obwohl die FIS-Schneise bereits im Sommer 2007 erweitert worden war. Insgesamt wurden einschließlich der Flächen für den Beschneigungssee und Deponien über 13 ha (!) wertvoller Berg- und ausgewiesener Schutzwald gerodet – dabei wurden Bäume mit bis zu einem Meter Durchmesser gefällt. Diese Rodungen haben die Vorgaben des *Bergwaldprotokolls* der *Alpenkonvention* (ein völkerrechtlich bindender Vertrag) missachtet, das insbesondere in Art. 6 den Bergwäldern mit Schutzfunktion eine Vorrangstellung einräumt und wonach diese „an Ort und Stelle zu erhalten“ sind. Wenn „local Heroes“ wie Felix Neureuther dies noch begrüßen – Zitat Felix Neureuther in der Tageszeitung „Die Welt“, 29.1.2009: „Es war beeindruckend zu sehen, wie aus einem Berg voller Bäume auf einmal so eine geile und krasse Strecke entsteht“ –, zeugt das umso mehr vom Fehlen einer sachlich orientierten, objektiven Bewertung der Pisten-Ausbauten.

Bergwald ist für die Besiedelung des bayerischen Alpenraumes elementar als Bodenschutz und Wasserspeicher an den Hängen. Ohne Bergwald erhöht sich die Gefahr von Hangrutschungen, Bodenabtrag, Lawinen und auch von Hochwasser. Im Gebiet des Trögelhanges gab es im Jahr 2008 wegen der Tunnelbohrung zwei Berggrutsche, obwohl die Planungs-Geologen die Standsicherheit aller Hänge attestiert hatten. Dies ist umso unverständlicher, als es bereits in den Jahren 1972 und 1993 „bei den Trögeln“ zu Rutschungen gekommen war, was den zuständigen Stellen bekannt sein musste.: „Zum Zeitpunkt der Aufnahme waren noch deutliche Anzeichen für eine anhaltende Aktivität zu beobachten“ (www.bis.bayern.de – Aufnahmezeitpunkt war

1993). Das *Bodenschutzprotokoll* der *Alpenkonvention* verbietet in Art. 14 die Anlage von Pisten in labilen Bereichen. Der Weiterbau am Trögelhang missachtet also auch diese gesetzlichen Vorgaben der Alpenkonvention.

Die Erfahrungen mit den WM-Planungen und die derzeitigen Planungen für die Olympischen Winterspiele legen nahe, dass der Pisten-, Beschneiteich- und Schneekanonen-Ausbau für 2018 nicht „ausreichen“ werden. Entwicklungen im Skisport gehen nach Aussage des OK-Chefs der Ski-WM 2011 sehr rasch („Zwei Jahre sind im Skisport eine lange Zeit“). Die im Zielbereich der Kandahar- und der Olympiabfahrt ursprünglich vorgesehenen Anlagen für Snowboard- und Freestyle-Wettbewerbe – mit einer temporär gebauten (und ev. gekühlter) Halfpipe mit einem zusätzlichen Sessellift wurden jetzt an den Hausberg verlegt. Sowohl Bau als auch der Betrieb werden sehr energieaufwendig sein.

6.2. Schnee oder Nicht-Schnee?

Beschneigung contra Klimaschutz

Die neue Skisprungsschanze am Gudiberg in Garmisch-Partenkirchen wird künstlich gekühlt und „Schneegarantie“ heißt: schon gebaute aber auch geplante Beschneigungsanlagen in allen Höhenstufen und für alle Sportstätten.

Schneekanonen sind zum Symbol einer völlig aus dem Ruder laufenden Vermarktung („touristische Aufholjagd“) der Alpenregion geworden.

Von Nachhaltigkeit kann gerade hier keine Rede sein. Die Ökobilanz von Beschneigungsanlagen und ihren Zusatzanlagen ist negativ (vgl. BN-Hintergrundpapier „Der künstliche Winter“, 2007 BN/Doering/Hamberger/Margraf). Die beschneiten Flächen im Classic-Skigebiet haben sich im Gefolge der Ausbauten für die WM 2011 von ca. 30 ha bereits auf mehr als das Doppelte – auf ca. 70 ha – ausgeweitet. Der durchschnittliche Energieverbrauch für eine Beschneigungsfläche von 1 ha beträgt 13 000 kWh. Der Energieverbrauch im gesamten Classic-Skigebiet beträgt dann im Mittel pro Saison etwa 900 000 kWh: mehr als das 3-fache der gesamten solaren Stromerzeugung von Garmisch-Partenkirchen im Jahr 2006.

Wie sich bereits im Winter 2006/2007 gezeigt hat, hält aber der Beschneigungsaufwand nicht immer, was er verspricht: Für die Kunstschneeproduktion war es zu warm – die neuen Anlagen standen still. Viele Ski-Weltcuprennen mussten – alpenweit und kurzfristig abgesagt werden. Sie fielen den Wetterereignissen zum Opfer. Andere Veranstaltungen konnten nur mit sehr zweifelhaften Methoden durchgeführt werden: So „importierte“ man in Garmisch-Partenkirchen den fehlenden (Kunst-) Schnee auf LKWs aus dem Wipptal am Brenner und verteilte ihn mit Hubschraubern im Pisten- und Zielbereich. Für die „heimische“ Schneeproduktion war es zu warm.

Nur mit zusätzlicher Infrastruktur und neuartigen Beschneigungssystemen wird es – wenn überhaupt – möglich sein, im Jahr 2018 technische „Schneesicherheit“ zu gewährleisten. Bereits heute deutet sich an, dass die Bereitstellung von Wasser und verfügbarer Energie für die Beschneigung zunehmend Probleme bereiten.

Neue Beschneigungssysteme, die bei Plusgraden Kunstschnee liefern, sind in anderen Ländern bereits in der Erprobung. Man will die „Winterevents“ um jeden Preis wetter- und jahreszeitenunabhän- ▶



Bund
Naturschutz
in Bayern e.V.

Dokumentiert

- gig machen. Die Folgen dieser neuen Techniken für Natur- und Wasserhaushalt, Energie- und Ressourcenverbrauch sind noch nicht abzuschätzen, zumal auch der Druck auf den Einsatz von Zusätzen zur Beschneigung zunehmen wird.

Obwohl es bisher nicht in die Olympia-Machbarkeit einbezogen wurde, ergibt sich mit dem Ausbau am nördlichen Schneeferner die Möglichkeit, in die Hochlagen auszuweichen. Mit Plänen für den Zugspitzgletscher würden sich **Eingriffe in sensiblen Hochlagen** ergeben.

Die geplante Beschneigung – mit Schneiteich – am Zugspitzgletscher zeigt die Absicht, „in die Höhe“ zu bauen. Im Jahr 2018 wird das Gletscherskigebiet sogar in dieser Höhe weder eis- noch schneesicher sein. Nach Prognosen der Kommission für Glaziologie der Bayerischen Akademie der Wissenschaften wird (auch) der nördliche Schneeferner bei anhaltendem Gletscherschwund in spätestens 15 Jahren völlig verschwunden sein. Werden die nächsten Sommer aber heißer und trockener – und treten Extremsommer wie 2003 auf –, könnte die Zugspitze bereits früher gletscherfrei sein. Dann wäre auch die Wasserversorgung für die Beschneigung nicht mehr gewährleistet.

Die Bauarbeiten am Gletscher für die Beschneigung der Anlagen und den Schneiteich, ein weiterer Ausbau der Abfahrten und eine Erweiterung der Transportkapazitäten der Zugspitzbahnen sind in diesen empfindlichen Höhenlagen besonders kritisch zu sehen und mit der *Alpenkonvention* nicht zu vereinbaren.

Der geplante Ausbau der Zugspitze erinnert an die Ski-WM 1978. Bereits damals wurde auf der Zugspitze eine Ausweich-Abfahrtsstrecke angelegt (und dafür sogar die Grenze der Zone C, also der absoluten Ruhezone, des Bayerischen Alpenplans verlegt). Für eine Durchführung der Abfahrten bei den Olympischen Winterspielen wären jedoch die Transportkapazitäten der auf die Zugspitze führenden Bahnen zu gering. Aber es gibt Pläne, die Kapazität zu erhöhen: Für 30 Mio. Euro soll eine neue Bahn auf die Zugspitze gebaut werden.

6.3. Wasserbedarf

Bereits heute reicht das Wasser der Garmisch-Partenkirchener Trinkwasserquellen und des Hammersbaches für die Beschneigung nicht mehr aus. Deshalb hat man zwei große Speicherseen mit zusammen ca. einhundertzehntausend Kubikmeter Fassungsvermögen gebaut, die in kurzer Zeit das Wasser für die Beschneigung liefern sollen. Trotzdem reicht der Wasserbedarf schon heute nicht für die gleichzeitige Beschneigung der Wettkampfpisten und des normalen Skibetriebs aus. Das Wasser für die Füllung der Schneiteiche wird aus dem Tal herauf gepumpt. Die Anlage dieser Speicherseen und die Verbringung des Aushubs haben wertvolle Flächen am Berg zerstört, von den immensen Kosten und dem Energieeinsatz ganz abgesehen. Olympische Winterspiele mit der Vollbeschneigung aller Sportstätten machen die Anlage weiterer Speicherseen zwingend erforderlich, denn die Wasserentnahme aus dem Barmsee oder anderen Gewässern wäre gerade in den Wintermonaten ökologisch verheerend. Der Wasserbedarf für die Beschneigungssysteme konkurriert auch mit dem Trink- und Brauchwasserbedarf der Einwohner und Besucher. Für das gesamte olympische Aufgebot ist ein sehr hoher Wasserbedarf erforderlich. In der Beschnei-

ungspraxis zeigt sich bereits heute, dass die Prognosen in den Genehmigungsverfahren den Wasserbedarf massiv unterschätzt haben. Auch haben die wasserrechtlichen Verfahren einen Beschneigungsausbau bisher weder verhindern noch wenigstens begrenzen können.

6.4. Platzbedarf

Die Anzahl der Sportarten für die Olympischen Winterspiele ist permanent gewachsen.

Bereits 1988 wurden in Calgary neben hochklassigen Wettbewerben auch neuer Gigantismus (Sportbauten), Einflussnahme des Fernsehens (ABC hatte die Rechte für 309 Millionen Dollar erworben), die erstmalige Teilnahme von Profisportlern sowie Streitigkeiten um die augenfällige Werbung an Kleidung und Sportgerät geboten. Es wurde auch deutlich, dass sich das olympische Programm weiter ausdehnen würde.

In Nagano (1998) fanden 68 Wettbewerbe in 15 Sparten statt. Während der Olympiade in Turin wurden den Athleten in insgesamt 84 olympischen Entscheidungen Medaillen verliehen.

Für die Olympischen Winterspiele 2018 sind allein in Garmisch-Partenkirchen 48 Wettbewerbe vorgesehen – man spricht von 70 Prozent der olympischen Veranstaltungen (s. Tabelle S. 1). Das olympische Dorf 2018 in München muss alle 4.500 Athleten beherbergen, in einem „Main Media Village“ mit temporären Unterkünften will man etwa 6.000 Medienvertreter unterbringen.

In einem zweiten olympisches „Dorf“ bzw. einem „temporären Mediendorf“ in Garmisch-Partenkirchen wird man die Unterbringung von mehreren Tausend Athleten, Betreuern und Presseleuten bewerkstelligen müssen. Dazu kommen noch die umfangreichen Sicherheitsanlagen mit Personal und die BesucherInnen. Neben den Hotelkapazitäten von etwa 3.000 Zimmern geht die „Machbarkeitsstudie“ von weiteren 5.000 Betten in Garmisch-Partenkirchen, Grainau und Farchant aus. Erwartet Garmisch-Partenkirchen für die WM 2011, bei der nur die „Alpinen“ Wettbewerbe durchgeführt werden, schon 250.000 Gäste, dürften es zu den Olympischen Winterspielen 2018 erheblich mehr werden – vielleicht nimmt das Interesse an Olympischen Winterspielen aber angesichts möglichen Imageverlustes stark ab.

6.5. Verkehr

Die räumliche Aufteilung der Einzeldisziplinen zwischen München, Garmisch-Partenkirchen und Königsee führt – konzentriert auf lediglich zwei Wochen – zu enormen Verkehrsströmen, die wegen ihrer zeitlichen Ballung nicht „ökologischer“ sind. Der Garmisch-Partenkirchner Bürgermeister Thomas Schmid wird dazu in der SZ vom 20.10.2007 zitiert: „Dann muss endlich der Engpass am Autobahnende bei Eschenlohe entschärft werden. ... Außerdem brauchen wir die Untertunnelung von Oberau, den Ausbau der Bahn und den Tunnel durch den Wank“.

Ist die Bewerbung erst ausgesprochen und bekommt „München plus zwei“ den Zuschlag, wird nichts mehr sein wie heute. Dann eilt es mit dem Ausbau: Neben dem (Autobahn)Ausbau bis Garmisch-Partenkirchen und bis Berchtesgaden sowie der Verbreiterung der Salzburger Autobahn wird die Südtrasse um München aktuell und Bürgerinitiativen, die sich dagegen wehren, fürchten den

„Vollzug“ wegen der Olympischen Winterspiele. Das bedeutet, dass für ein lediglich zweiwöchiges erhöhtes Verkehrsaufkommen ökologisch höchst zweifelhafte und dauerhaft irreversible Infrastrukturprojekte für mehrere Milliarden Euro in Angriff genommen würden, für die die Olympischen Spiele demnach als Rechtfertigung für deren Notwendigkeit dienen.

Hinzu kommt der Ausbau der Bahnstrecke nach Garmisch-Partenkirchen. Obwohl das zu begrüßen ist, bedarf dieser Ausbau einer besonderen Sorgfalt, denn die Bahnstrecke führt durch ein sensibles Moorgebiet. Die Unterbringung der erforderlichen Züge im Garmisch-Partenkirchener Bahnhofsbereich ist ebenso ungeklärt wie die Frage der Parkplätze in Garmisch und Königsee. Laut Machbarkeitsstudie sind alleine 16.000 Parkplätze für das „Snow-Cluster“ notwendig. Diese müssten weit außerhalb von Garmisch-Partenkirchen angelegt werden, will man die Umgebung der Sportstätten und den Ortskern tatsächlich autofrei halten, wie in der Machbarkeitsstudie dargestellt. Dies bedeutet jedoch, dass die Parkplätze z.B. in der Umgebung von Oberau angelegt werden müssten, wo Natur und Landschaft jedoch aus naturschutzfachlicher Sicht keinen Spielraum hierfür lassen. Eine massive Naturzerstörung, und seien die Parkplätze auch nur temporär angelegt, wäre unvermeidlich. Für Garmisch-Partenkirchen ist zu befürchten, dass die immer wieder geforderte, aber aus guten Gründen abgelehnte Sportstättenstraße über den Grünzug der südlichen Wiesen dann doch kommt. Die Bewerbung für die Olympischen Winterspiele wird sich unter anderem daran messen lassen müssen, ob die *Alpenkonvention* – und darin das *Verkehrsprotokoll* – in vollem Umfang eingehalten werden. Die Alpenkonvention ist ein verbindlicher Völkerrechtsvertrag im Sinne der Wiener Vertragsrechtskonvention;

on; das Umsetzungsprotokoll „Verkehr“ enthält klare, direkt rechtswirksame Vorgaben.

Maßgeblich sind zum Beispiel:

- die Verpflichtung zu einer Verkehrspolitik, die „Belastungen und Risiken im Bereich des inneralpinen und alpenquerenden Verkehrs auf ein Maß senkt, das für Menschen, Tiere, Pflanzen sowie deren Lebensräume erträglich (ist)“,
- dass 80 % des Verkehrs mit Bahnen und Bussen abgewickelt werden;
- dass die Vertragspartner auf den Bau neuer hochrangiger Straßen für den alpenquerenden Verkehr verzichten und inneralpine Straßen nur dann gebaut werden dürfen, wenn die Ziele nachweislich eingehalten werden können.

Das bedeutet:

- keine Kapazitätsausweitung bei der Straßeninfrastruktur,
- auch kein erheblicher Ausbau der A8 (für Berchtesgaden/Schönau), sondern allenfalls eine zusätzliche Standspur für die Verkehrssicherheit;
- Modernisierung und Verbesserung des bestehenden Bahnnetzes;
- dem öffentlichen Verkehr muss Vorrang eingeräumt werden.

In den Austragungsstädten in den Alpen werden größere autofreie Zonen innerorts eingerichtet; überdimensionierte Parkplätze an den Ortsrändern werden nicht gebaut.

Dagegen steht zu befürchten, dass die geplanten Olympischen Winterspiele den Ausbau des Autobahn- und Bundesstraßennetzes forcieren werden. Neben den damit verbundenen Eingriffen in Natur- und Kulturlandschaften wäre dies auch aus Sicht des Klimaschutzes mit der notwendigen Verkehrsvermeidung ganz sicher nicht: klimaneutral, nachhaltig und ökologisch vorbildlich.

7. Ökonomische und soziale Bilanz

7.1. Finanzrisiko für Austragungsstätten und Freistaat

Allein der Bewerbungsaufwand für die Olympischen und paralympischen Winterspiele 2018 wird auf 30 Millionen Euro geschätzt, die „aus der Wirtschaft kommen soll(t)en“. Ob es mit den 30 Millionen Euro noch klappt, ist fraglich, denn mit der Finanzkrise wurden die Gönner sparsam. Nur zehn Millionen gelten bisher als gesichert (Stand Februar 2009), weitere Millionen sind nur mündlich zugesagt. „Notfalls müssten die Austragungsstätten und der Freistaat einspringen.“ (Garmisch-Partenkirchner Tagblatt, 24.10.2008). Die Austragungsstätten München (ca. 2,3 Mrd. Euro, Haushaltsplan 2008 der LH München) und Garmisch-Partenkirchen (ca. 100 Mio. Euro, LRA GAP) sind bereits jetzt hoch verschuldet – ebenso wie der Freistaat Bayern durch das immense Debakel der Bayerischen Landesbank.

Schon seit Jahren werden Millionen Euro in den Ausbau der Wintersport- und Ski-Infrastruktur in Garmisch-Partenkirchen gesteckt:

1997: Neubau Kreuzwankl-Ski-Express ersetzt Doppel-Schlepplift: 6,5 Millionen Euro.

2000: Beschneigungsteich Kandahar/Himmelreich: 7 Millionen Euro (gebaut von der Bayerischen Zugspitzbahn BZB).

2002: Neubau Kreuzeckbahn: 12 Millionen Euro.

2006: Neubau Hausbergbahn: 8 Millionen Euro.

2007: Ausbau Bahnsteig Hausbergbahn: 1,2 Millionen Euro (BZB; davon 80 Prozent als Zuschuss).

2007/2008: Beschneigungsteich inklusive Beschneigung Dreh- und Hornabfahrt: 10 Millionen Euro.

2008: Umbau Kandahar: 12 Millionen Euro

2008: Neubau der großen Sprungschanze: 18 Millionen Euro (veranschlagt waren 9,9 Millionen).

2009: (geplant): Neubau Kreuzjochlift: 8 Millionen Euro.

Allein diese Maßnahmen addieren sich bis jetzt auf 82,7 Millionen Euro.

Die Vorbereitungen für die Skiweltmeisterschaft 2011 zeigen, dass ein großer Teil dieser anfallenden Ausgaben von der Kommune getragen werden musste. Nur der kleinere Anteil wird über Zuschüsse finanziert. Für Garmisch-Partenkirchen bedeutet das bereits heute: Verkauf der Sozialwohnungen und Anstieg der Mieten. Damit gehen die Wintersportgroßveranstaltungen zu Lasten der Schwächeren.

Trotz des Verkaufs fast aller gemeindeeigenen Immobilien steigt die Verschuldung von Garmisch-Partenkirchen mit Gemeindewerken und Zugspitzbahn laut Landratsamt GAP schon Anfang 2008 auf über 100 Millionen Euro – die Verschuldung nähert sich damit 4.000 Euro/Einwohner. Weitere Schulden sind zu erwarten. ▶

- Im Jahr 2005, vor der WM-Bewerbung lagen die Schulden noch bei 46,8 Millionen Euro (1785 Euro/Einwohner). Auch die Stadt München trägt immer noch einen hohen Schuldenberg ab, der mit der Finanzkrise eher zu- als abnimmt.

Eine Betrachtung der geplanten Ausgaben im Investitionsplan der Gemeinde Garmisch-Partenkirchen für die WM und die Winterinfrastrukturmaßnahmen bis 2011 zeigt, dass diese immensen Ausgaben niemals nachhaltig sein können. Besonders bemerkenswert ist die Tatsache, dass die Gemeinde auch *das gesamte Risiko für etwaige Verluste* bei der FIS-Ski-WM trägt

Bis zur Ski-WM wollen die Gemeinde Garmisch-Partenkirchen und die Bayerische Zugspitzbahn (BZB) über 46 Millionen Euro in die Skigebiete investieren. Allein auf der Zugspitze will man 16 Millionen Euro investieren.

Ein Teil dieser Investitionen müssten auch zur Kalkulation der Olympischen Winterspiele gerechnet werden.

Infolge des Klimawandels sind gerade die Beschneungssysteme mit ihrer Infrastruktur nur kurzfristig wirksame, aber langfristig teure und daher ökonomisch nicht nachhaltige Investitionen. Die Investitionskosten für eine Schneekanone liegen zwischen 29.000 – 35.000 Euro. Das ist pro Schneekanone mehr, als der Erlös einer Sozialwohnung beim Verkauf an einen Investor im Jahr 2007 erbrachte. Derzeit werden im Classic-Skigebiet etwa mehr als 90 Kanonen eingesetzt.

Es ist wahrscheinlich, dass bei der Beschneungstechnik mit einem massiven weiteren Ausbau zu rechnen ist – neue Beschneungsmethoden werden wieder das „Weiße vom Himmel“ versprechen. Mit einer Bewerbung für olympische Winterspiele 2018 werden sie auch gekauft und installiert, denn mit Bewerbung und ggf. einer Zusage verpflichten sich die Austragungsorte, zu investieren und die Zusagen – auch für die „Schneesicherheit“ – um jeden Preis einzuhalten (s. das Beispiel Vancouver, siehe unten).

Dazu gehören auch die *Kosten* für den Ausbau der Verkehrs-Infrastrukturen zum Austragungsort und im Ort, den Neu- und Ausbau der Sportstätten und weiterer Pisten, der Infrastruktur und der „olympischen Dörfer“. Hinzu kommen auch die Folgekosten für die Instandhaltungen der Bauwerke in den Jahrzehnten nach 2018.

Experten warnen zudem vor *Energiemangel* und weit höheren *Energiepreisen*. Damit werden die wirklichen Kosten unkalkulierbar. Es stellt sich dann auch sehr schnell die Frage, ob wertvolle Energie wirklich noch für Beschneungssysteme etc. oder besser für wichtigere Aufgaben verwendet werden sollte.

Da sich die Anforderungen der Funktionäre häufig ändern (wie beispielhaft bei der Bewerbung und Ausrichtung der FIS-Ski-WM 2011 geschehen), bleibt bisher unklar, welche zusätzlichen Anlagen, welche Infrastrukturen gebaut werden müssen, wie viel Landschaft dafür verbraucht werden soll und welche realen Kosten auf die beteiligten Gemeinden – vor allem auf Garmisch-Partenkirchen – zukommen.

7.2. Bisherige Erfahrungen mit Olympischen Winterspielen: Finanzielle Belastungen und Gewinn

Beispiele früherer Bewerbungs- oder Austragungsorte zeigen, dass sowohl die **Gesamtkosten** für die

Vorbereitung und Austragung der Spiele viel höher als budgetiert waren als auch die **Folgekosten** für die Instandhaltung der Großanlagen, die Umweltschäden und Schäden durch die Baustellen nicht eingerechnet wurden.

Beispiele:

- Das japanische *Nagano*, Ort der Winterspiele 1998, ist pleite. Der erhoffte Tourismusboom ist ausgeblieben. Die Baukosten für Infrastruktur (mit Schnellzuganbindung) und die Betriebskosten für die vielfach leer stehenden Anlagen belasten den Haushalt (Schuldenberg: 14 Milliarden Euro) (Quelle: Spiegelonline, 11.2.2002).
- *Turin*: Mit Organisationskosten und Aufwendungen für die Infrastruktur ergaben sich Gesamtkosten von 3,4 Milliarden Euro, die größtenteils von der öffentlichen Hand getragen wurden. Bei der Kandidatur wurde die finanzielle Beteiligung der Öffentlichkeit auf „nur“ etwa 500 Millionen Euro budgetiert (Quelle: wwf.it/alp-media, 9.2.2006). Nach Berichten der Tageszeitung „La Stampa“ (Quelle: Sport.de) beträgt das Defizit, dass die Olympischen Winterspiele 2006 hinterlassen haben, 25 Millionen Euro. Nun kommen jährlich noch hohe Nachfolgekosten hinzu. So stehen den veranschlagten jährlichen Einnahmen von 2,2 Mio. Euro bei der Bob-Bahn für deren Erhalt lediglich tatsächliche Einnahmen von 500.000 Euro gegenüber. Daher droht einigen Sportstätten sogar der Abriss, da die für die olympischen Spiele errichteten Anlagen im Betrieb und in der Instandhaltung zu teuer sind. Auch die ausgebauten Hotelkapazitäten werden nicht ausgelastet.
- Bereits Ende 2005 hat der Bürgermeister von *Albertville/F* – Austragungsort der Spiele 1992 – veröffentlicht, dass die Skisprungchanze von Courchevel/F ein Defizit von 200.000 Euro pro Jahr verursacht.
- In *Lillehammer*, Austragungsort 1994, blieb die tatsächliche ökonomische Entwicklung der Kommune durch die Winterspiele um 55 – 85% unter den Prognosen, alleine 40% der Hotels mussten nach den Spielen Konkurs anmelden. (Ökonomische Auswirkungen von Sportgrossanlässen, ITW Luzern 2000)
- Der aktuellste Fall ist *Vancouver*, Austragungsort 2010. Das Budget der insgesamt dritten Olympischen Spiele in Kanada pendelt sich bei 1,76 Milliarden Kanada-Dollar (1,12 Milliarden Euro) ein. Nicht zum operativen Budget zählen die Mittel für den Bau von Sportstätten. Für die stattlichen Extra-Kosten von 580 Millionen Kanada-Dollar (370 Mio. Euro) müssen die kanadische Regierung und die Regierung der Provinz British Columbia – also die Steuerzahler aufkommen. Der Tagesspiegel berichtet darüber unter der „Olympia rechnet sich nicht mehr“. (Tagesspiegel.de, 21.1.2009).

Zu den **Gewinnern** dagegen gehört immer das **IOC** selbst. „Das Unternehmen Olympia erzielte bereits vor der Eröffnung in China Rekorde. Die Vermarktungseinnahmen betragen – zusammen mit den Winterspielen 2006 in Turin – mehr als fünf Milliarden Dollar. Das Internationale Olympische Komitee (IOC) konnte die Einnahmen um 25 bis 30 Prozent auf umgerechnet 3,2 Milliarden Euro steigern. Bei den Spielen in Salt Lake City (2002) und Athen (2004) waren 4,19 Milliarden Dollar Erlöst

worden ... Die mehr als fünf Milliarden Dollar sind jedoch nur ein kleiner Teilbereich jener riesigen Summen, die Olympia in Bewegung setzt. Gastgeber China investiert bis zu 40 Milliarden Dollar in die Spiele, an denen Siemens als größter deutscher Profiteur einen Auftragsanteil von 1,1 Milliarden Dollar hat.“ (FocusMoneyonline, 5.8.2008)

Gewinne auf der einen Seite, aber hohe Verluste auf der anderen: Für die **austragenden Gemeinden** bergen auch andere Wintersportgroßveranstaltungen ein **hohes finanzielles Risiko**, wie das Beispiel Oberstdorf zeigt: 63 Millionen Euro Schulden, vor allem durch den Ausbau für die Nordische Ski-WM 2005 und weitere Wintersportgroßereignisse. Die Oberstdorfer waren den Verheißungen von Marketingleuten und Sportfunktionären aufgesessen: Oberstdorf würde das „Wembley der Alpen“ (SZ 23.10.2008).

7.3. Nutzen und Belastungen für die ansässige Bevölkerung

Großveranstaltungen bedeuten meist eine deutliche *Steigerung aller Preise und der Lebenshaltungskosten*. Es stellt sich die Frage, wem die Veranstaltung Olympische Winterspiele dauerhaft nützt. Die „durchschnittliche“ Bevölkerung wird wohl eher mit den Pleiten und den Problemen der Winterspiele und der Zeit danach konfrontiert werden als mit kommerziellen Möglichkeiten. Der erhoffte Zuwachs an Hotelbetten zur Stärkung des Tourismus schlägt nach den Spielen häufig in eine Pleitewelle wegen zu hoher Kapazitäten um.

Wintersportgroßveranstaltungen führen erfahrungsgemäß zu einem massiven *Zweitwohnungsbauboom*. Das haben schon die Ski-WM 1978 in Garmisch-Partenkirchen oder die Weltmeisterschaften in St. Moritz und im Oberengadin gezeigt. Zweitwohnungen wiederum belasten jede Gemeinde, da die Infrastruktur für den „Voll-Lastbetrieb“ ausgelegt werden muss und kaum Einnahmen herinkommen.

Die Mieten sind in Garmisch-Partenkirchen schon jetzt für „Normalverdiener“ fast unerschwinglich. Damit gibt es bereits heute einen deutlichen Siedlungsdruck auf das Umland, mit der Folge eines enormen Verkehrszuwachses.

7.4. Tourismuspotenzial

Garmisch-Partenkirchen profitiert weit mehr vom Sommer – als vom Wintertourismus. Mehr als sechzig Prozent der Übernachtungsgäste kommen im Sommer, und nur ca. 10 Prozent der Übernachtungsgäste im Winter wollen alpin Skilaufen. Demnach ist es für die Marktgemeinde Garmisch-Partenkirchen wesentlich sinnvoller, eine intakte Natur zu erhalten, als in eine zerstörte Landschaft zu investieren, die dauerhaft nur von einer kleinen Minderheit genutzt wird.

Es ist zu befürchten, dass wandernde und radelnde Sommertouristen nicht in den Tourismusort Garmisch-Partenkirchen wiederkehren werden, wenn sie dort eine „Großbaustelle“ und geplante Pisten mit Kunstschnee-Infrastruktur durchwandern müssen.

Auch die zunehmend für den bayerischen Tourismus interessante Zielgruppe der sogenannten „Lohas“ (englische Abkürzung: „Lifestyle of health and sustainability“) wird durch zerstörte Landschaft eher abgeschreckt werden. Wenn Garmisch-Partenkirchen gerade diese Zielgruppe als „Men-

schen, denen Gesundheit und Nachhaltigkeit besonders wichtig sind, die Wert auf Qualität und Authentizität legen“ (Garmischer Tagblatt, 21.11.2008) ansprechen will, ist Nachhaltigkeit Qualität und Authentizität gefordert – und genau die würde man mit Olympischen Winterspielen (vom Bau bis zur Austragung und den sichtbaren Folgen in der Landschaft) aufs Spiel setzen.

7.5. Ungleiche Machtverhältnisse

Erfahrungen mit anderen Großprojekten zeigen, dass im **Windschatten weitere Projekte** – wie neue Hotelbauten im Innen- und Außenbereich, Berggaststätten im Außenbereich (wie es derzeit am Horn versucht wird) und vor allem Straßenbauprojekte – mit Zeitdruck durchgepeitscht werden, die vorher nicht genehmigungsfähig erschienen (s. auch „Verkehr“).

Als großes Problem erweisen sich die ungleichen Machtverhältnisse zwischen lokalen Akteuren und global agierenden, vorwiegend sektoral denkenden und arbeitenden Interessengruppen. Wintersportgroßveranstaltungen, wie Olympische Winterspiele, erzeugen durch ihre Kommerzialisierung eine Vielzahl von Sachzwängen, denen die Kommunen, besonders nach dem Zuschlag für die Veranstaltung –, hilflos ausgeliefert sind (erster Sachzwang der Olympiabewerbung: München + 2, die bereits vorhandenen Infrastrukturen in Oberstdorf und Ruhpolding wurden nicht in die Bewerbung einbezogen, Auflagen des IOC sind bisher unbekannt). Die Verantwortlichen vor Ort sind häufig überfordert, während die Sportfunktionäre und der IOC-Stab sehr erfahren sind, Dinge durchzusetzen.

7.6. Der Dialog

Ein Dialog ist bisher weder mit der betroffenen Bevölkerung noch mit den Verbänden frühzeitig in ausreichendem Maß geführt worden. Die Bewerbungsentscheidung war zum Zeitpunkt der ersten Gespräche längst getroffen. Die „Machbarkeitsstudie“, die eine Grundlage für die Entscheidungsfindung der Stadt- und Gemeinderäte bilden sollte, wurde zum Zeitpunkt wichtiger erster Entscheidungen wie ein „Staatsgeheimnis“ behandelt.

Nach den schlechten Erfahrungen mit der Ski-WM und mit der Bewerbung für die Olympischen Winterspiele in Salzburg geht der Bund Naturschutz davon aus, dass er – wie auch andere Naturschutzverbände – nicht wirklich als gleichwertiger Gesprächspartner gehört wird und etwaige Vereinbarungen keinerlei verbindlichen Charakter hätten. Diesen Eindruck hat ein Gespräch zwischen DOSB und den Umweltverbänden am 13. Februar 2009 in München verstärkt.

Diese Klausurtagung hat gezeigt, dass zwei Welten aufeinander treffen. Während bei den Umweltverbänden eine dauerhaften Bewahrung von Natur und Umwelt im Vordergrund steht –, ohne zu übersehen, dass die Alpen auch eine von Menschen genutzte Kultur- und Erholungslandschaft sind –, gibt es für den DOSB die Bewerbungs-Fixpunkte: wie z.B. die Nicht-Einbeziehung fertiger Sportstätten in Ruhpolding und Oberstdorf, die Beschneidung aller Sportstätten oder die Vorgabe, dass ein Sportler nicht länger als fünfzehn Minuten zu seinen Wettkampfstätten brauchen darf etc. Alle diese Fixpunkte verbrauchen Umwelt, ohne dass darüber diskutiert werden darf oder dass dies zur Entscheidung für die Bewerbung eine Rolle ge- ▶

- ▶ spielt hätte. Diese Tabus, die hier aufgebaut werden, machen die Fortführung des Dialogs für die Naturschutz- und Umweltverbände äußerst schwierig, da sich immer mehr der Eindruck aufdrängt, hier zu nützlichen „Erfüllungsgehilfen“ degradiert zu werden.

Auch der Begriff „Nachhaltigkeit“ hat für die Na-

turschutz- und Umweltverbände offenbar eine andere Bedeutung als für die Planer der Bewerbung. Eine Mitwirkung der Verbände im „Umwelt-Fachausschuss“ garantiert kein tatsächliches gestalterisches Mitspracherecht oder gar eine Entscheidungskompetenz, da „letztendlich höhere Gremien entscheiden“ (Zitat Dr. Vesper am 13.2.2009).

8. Fazit: Gesamt-Bilanz

Die Großstadt München kann sich noch einen Vorteil von den Olympischen Winterspielen 2018 versprechen. Für die Bewerbungsgemeinden in den Bergen wird 2018 aber zum unkalkulierbaren ökologischen, ökonomischen und für viele ihrer Bewohner auch zum sozialen Risiko.

Fest steht: Das Megaevent „olympische Winterspiele 2018“ ist ohne immensen Ausbau der Infrastrukturen, *weiterer Landschafts- und Naturzerstörung* und hohem *Energieverbrauch* nicht möglich.

Viele der ausrichtenden Orte sind nach Olympischen Winterspielen hoch *verschuldet*. Garmisch-Partenkirchen hat schon jetzt einen immensen Schuldenberg. Die Finanzkrise trägt dazu bei, diese Schulden unkalkulierbar zu machen. Sponsorengelder fließen spärlicher, selbst die Kosten für Bewerbung sind noch nicht gesichert. Für die Vorbereitungen und die Veranstaltung der Olympischen Winterspiele sind weitere gigantische Kosten zu erwarten – und das in einer existentiellen Finanzkrise. Dabei sind die Skiwettbewerbe in Garmisch-Partenkirchen besonders teuer. Folgekosten für Verkehrsprojekte, Infrastrukturen und Reparaturen sind in die aktuellen Kalkulationen noch nicht eingebucht. Diese Schulden sowie die Folgekosten für nicht sinnvoll nutzbare Anlagen, eine verbaute Rest-Natur und eine geschädigte Landschaft tragen die Bürger von Garmisch-Partenkirchen, ihre Kinder und letztlich die gesamte Gesellschaft.

FIS-Ski-Weltmeisterschaften und olympische Winterspiele binden das gesamte verfügbare Kapital. Dies und die Folgekosten (allein Zins und Tilgungen für die absehbaren weiteren Schulden) verhindern in der Folge den notwendigen Strukturwandel im *Tourismus* mit weniger schneeabhängigen Urlaubsformen und Ausrichtung auf andere Zielgruppen (z. B. sog. „Lohas“, s.o.).

Von einem sanften, umweltschonenden und naturfreundlichen Tourismus, wie ihn Garmisch-Partenkirchen derzeit auf seine Fahnen schreiben will, kann in einer nach „olympischen Maßstäben“ umgebauten Alpenlandschaft nicht mehr die Rede sein. Die Region Garmisch-Partenkirchen hätte einen für die nachfolgenden Generationen lebenswichtigen Standortfaktor *verSPIELT*: Eine naturnahe Kultur- und Naturlandschaft, die im Winter wie im Sommer ihren Namen verdient und für Touristen attraktiv ist.

Gerade die Zielgruppe der auf Gesundheit und

Nachhaltigkeit, d.h. Qualität und Authentizität Wert legenden Touristen, wird von den Investitionen für die Olympischen Winterspiele nicht profitieren, sondern eher abgeschreckt. Dabei ist die Entwicklung eines klima-, natur- und umweltverträglichen Tourismus viel mehr die tatsächliche Überlebensfrage für den bayerischen Alpen-Tourismus als der Kampf um die öffentlich Aufmerksamkeit der Welt während weniger Tage.

Bereits die Bewerbung für die Olympischen Winterspiele gibt Garmisch-Partenkirchen ein Image als harter Wintersportort, obwohl nicht einmal vierzig Prozent der Übernachtungsgäste im Winter kommen. Die sechzig Prozent der Sommer-Gäste schreckt dieses Image eher ab.

Dazu kommt noch ein „*Image-Risiko*“: Denn ob im Jahr 2018 der technische Aufwand ausreichen wird, tatsächlich die geforderte Schneesicherheit zu erreichen, ist stark zu bezweifeln: Im Jahr 2018 wird es in Garmisch-Partenkirchen und am Barmsee mit großer Wahrscheinlichkeit – trotz des sogenannten besonderen „Mikroklimas“ in Garmisch-Partenkirchen – keine „Schneesicherheit“ mehr geben, und sogar für künstliche Beschneieung könnte es zu warm sein. Neue Beschneisysteme sprühen vielleicht ein weißes Pistenband in die grüne Landschaft, aber damit würde sich die beabsichtigte Werbewirkung in ihr Gegenteil verkehren: Es stünde das „Image“ der Olympischen Winterspiele wie auch das Ansehen der Austragungsorte „München plus 2“, also in erster Linie Garmisch-Partenkirchens auf dem Spiel.

Die Möglichkeit eines „Image-GAU“, d.h. die Angst vor und die Sensibilisierung durch den Klimawandel bis 2018 könnte zu einem regionalen oder gar globalen Boykott mit gewaltigem Imageschaden und entsprechenden finanziellen Verlusten führen. Die Bewerbung um die Winterspiele *jetzt* ist so etwas wie eine riskante Wette gegen die realen wie symbolischen Folgen des Klimawandels. Dessen muss man sich bewusst sein. Bezahlen müssen meist die Nichtverantwortlichen – das sieht man an der jetzigen Finanzkrise.

Nachhaltigkeit und Klimaschutz sind höchste „Querschnittskriterien“ für die Olympischen Winterspiele 2018. Die geplanten Olympischen Winterspiele 2018 können nach den derzeit vorliegenden Fakten weder ökologisch noch nachhaltig sein. Ein Konzept für die Olympischen Winterspiele 2018 – insbesondere in Garmisch-Partenkirchen –, das den Nachhaltigkeitskriterien genügt, ist derzeit nicht bekannt.

Unter den derzeit gegebenen Rahmenbedingungen mit den zu erwartenden Eingriffen und hohen ökologischen, ökonomischen und finanziellen Risiken ist eine Vereinbarkeit der Bewerbung mit dem Primat von Klimaschutz und Nachhaltigkeit daher nicht erkennbar. ■